Bezugspreis
für Halle vierteljährlich bei zweimaliger Zustellung 2,50 Mk., durch die Post 2,25 Mk., ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen.
Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis unter „Saale-Zeitung" eingetragen.

Für unverlangt eingehende Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Quellenangabe „Saale-Ztg." gestattet.

Fernsprecher der Schriftleitung Nr. 1140; der Anzeigen-Abteilung Nr. 176; der Abonnements-Abteilung Nr. 1133.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung.

Achtundvierzigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die 6 gespaltene Kolonelzeile oder deren Raum mit 30 Pfg., solche aus Halle mit 20 Pfg berechnet und in unseren Annahmestellen und allen Anzeigen-Geschäften angenommen. Reklamen die Zeile 75 Pfg. für Halle, auswärts 1 Mk.

Erscheint täglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Schriftleitung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Gr. Brauhausstraße 17. Nebengeschäftsstelle: Markt 24.

Nr. 43. **Halle, Dienstag, den 27. Januar** **1914.**

Geburtstagswünsche.

Zu des Kaisers 55. Geburtstag.

Wenn heute Fahnen wehen und Millionen Deutscher dem Kaiser ihre Wünsche darbringen, dann feiert ein großes Volk den Repräsentanten seiner eigenen Kraft.

Die Zeiten sind vorüber — auch für die Anhänger des Gottesgnadentums — da noch ein König sagen durfte: l'état c'est moi! Heute gilt des großen Friedrich ernste Auffassung der Regentenpflicht für jeden Fürsten: Ich bin der erste Diener meines Staates!

Das fordert jeder Staatsbürger von ihm, daß nicht des Königs Wille oberstes Gesetz, daß nicht dynastische und Hausinteressen dem Wohl des Ganzen vorgehen, sondern, daß des Königs, des Kaisers Wort und Tat stets seinem Lande und den Bürgern Nutzen bringen sollen.

Die Aufgabe, die man damit den Fürsten stellt, ist riesengroß. Sie fordert Selbstverleugnung, Selbstdisziplin in höchstem Maße und eine Riesenarbeit, die für des einzelnen Kraft — der ja in allen Fragen nicht Meister sein kann — viel, viel zu groß ist.

Wenn also die Kritik heute auch die Fürsten, wenn sie den Kaiser häufig traf, so lag das in der Natur der Sache, da er ein Mensch, wie andere, seinem Temperament und seinen Stimmungen auch unterworfen ist und da die Ansicht darüber, was dem Staatswohl dient, zu verschieden ist, um gleichmäßig vom ganzen Volke und vom Kaiser beurteilt zu werden.

Eines aber hat man im deutschen Volke stets anerkannt, daß ernstes Wollen, das dem Gesamtwohl galt, stets leitender Gedanke im Reden und im Handeln des Kaisers war.

Und dieses ernste Wollen, das so manchem Regenten fehlt, das hat dem Kaiser auch das Interesse und die Sympathie der weitaus größten Mehrheit unseres Volkes als Mensch gesichert. Selbst seine schärfsten Gegner in der Sozialdemokratie, sie müssen diese Ehrlichkeit im Wollen anerkennen und achten. So gilt drum auch die heutige Feier nicht mehr allein dem Kaiser, dem Vertreter Deutschlands, sie gilt auch dem ernsten Manne, dessen lauteres Wollen ihm Achtung eintrug.

Und die Liberalen haben — trotzdem so mancher ihrer Wünsche unerfüllt blieb — besonderes Interesse an des Kaisers Person. Gehört er doch im Grunde seines Wesens mehr zu ihnen als zu den Konservativen. Er will nicht konservieren, was abgestorben ist, sondern hat in seiner fünfundzwanzigjährigen Regierung oft gezeigt, daß er vorwärts strebt. Mag er auch manchmal seine Ansicht über politische Dinge geändert haben, stets sprach aus ihnen fortschrittlicher Geist. Wir finden darin Weltfriedensideen, wir finden — trotz energischer Betonung des nationalen Standpunktes — eine unverkennbare Ablehnung aller chauvinistischen Treibereien. Im Gegenteil, der Kaiser erkennt über die Volkszugehörigkeit hinaus eine Rassensolidarität an („Völker Europas wahret euere heiligsten Güter!) und er hat — wenn auch oft von denen verkannt, um deren Vertrauen er warb — diese Anschauung praktisch betätigt, indem er in erster Linie die germanischen Völker, weiter aber auch die zum indogermanischen Sprachstamme gehörigen für Deutschland zu gewinnen suchte.

Die religiöse Duldsamkeit des Kaisers, seine Gedanken über die Schulreform und auch seine sozialen Ideen sind liberalem Fühlen entsprossen. Vorurteilslos würdigt er im persönlichen Verkehr den Menschen nach seinem Empfinden, das nicht von Rang und Stand und Adelsprädikat beeinflußt wird. Das ist ihm von den Konservativen und ihrem Anhang häufig zum Vorwurf gemacht; von einer Neigung sprach man da, zu fremdem Wesen. Wir sehen darin nichts anderes als das Bestreben des Kaisers, sich frei zu machen aus dem Ideenkreis einer absterbenden Welt, die ihn am Hofe täglich umgibt.

Daß diese Welt noch immer viel Einfluß auf ihn hat, wer wollte das leugnen. Es ist so ganz natürlich, da sie nach Möglichkeit ihn abzuschließen sucht und da dies preußische Junkertum die wichtigsten Stellen in Regierung, Verwaltung und Heeresleitung nach Tradition aus einer früheren Zeit besetzt hat. Der Zwiespalt aber ist es gerade zwischen dem liberalen Wesen und den konservativen Einflüssen seiner Umgebung, der des Kaisers Handlungen und Reden oft widerspruchsvoll gemacht hat.

Wir sehen immer wieder, wie man des Kaisers Wünsche in manchen Kreisen umfärbt und deutet. Wir mußten sehen, daß man die Unerfahrenheit des Sohnes gegen den Vater ausspielen wagte in Kreisen, die für sich das Monopol monarchischen Fühlens in Anspruch nehmen. Wir mußten sehen, wie man die Friedensabsichten des Kaisers vereiteln wollte und, wie als Schützer angeblich der Autorität des Kaisers, man vergaß, seine Anordnungen der Volksvertretung mitzuteilen.

Wenn wir daher dem Kaiser zum Geburtstag einen Wunsch entgegenbringen, dann ist es der, daß er Berater findet, die besser zu seinem inneren Wesen passen, als die, die heute ihn umgeben.

Kaiser Wilhelm steht dem Volke näher als seine Ratgeber und im Volke wünscht man, daß die Schranke fällt, die diese aufgerichtet. Wenn das geschieht, dann würde der Kaiser weit größeren Einfluß haben als Führer seines Volkes, das — von freiem Geist beseelt, Druck haßt, doch Liebe mit Liebe vergilt. Ratgeber, die des Kaisers ernstes Wollen nach seines eigenen Wesens Richtung leiten, die würden das Beste tun, was sie für Land und Kaiser tun können.

„Liebe des Vaterlands,
Liebe des freien Manns
Sichern den Fürstenthron
Wie Fels im Meer."

D.

Eine Erklärung der Konservativen Partei zum Preußentag.

Gegenüber den andauernden öffentlichen Erörterungen über den Ersten Preußentag, der am letzten Sonntag in Berlin stattgefunden hat, wollen wir vom Standpunkte der Deutschkonservativen Partei aus noch ausdrücklich betonen, was ein anfänglich anwesendes Vorstandsmitglied unserer Partei von vornherein zum Ausdruck gebracht hat: daß es sich nicht um eine parteimäßig konservative Veranstaltung, sondern lediglich um eine Zusammenfassung aller Elemente, gleichviel welcher politischen Partei, gehandelt hat, die in der Betonung und Festhaltung der preußischen Eigenart gerade in der jetzigen Zeit gegenüber Beeinträchtigungen von anderen Stellen mit vollem Rechte eine Notwendigkeit erblicken.

Daraus folgt nun aber nicht und darf gerade nach unserer Auffassung nicht eine mindere Wertschätzung der berechtigten Eigenart anderer deutscher Stämme folgen. Wir sind vielmehr vollkommen davon überzeugt und dafür spricht auch die Tendenz der auf der föderalistischen Grundlage des Reiches beruhenden Ziele und Arbeit unserer Partei, daß jede Stammesart im Deutschen Reiche ihre Werte in sich birgt, die beeinträchtigen zu wollen wir weit entfernt sind.

Es ist daher sehr zu bedauern, daß auf dem Ersten Preußentage durch mißverständliche Ausdrucksweise oder durch falsche Auslegung der Ansichten erweckt werden ist, als ob über ein berechtigtes preußisches Selbstgefühl und die gerechtfertigte Betonung preußischer Grundsätze hinaus eine Verletzung oder Geringschätzung anderer Stämme beabsichtigt gewesen wäre. Jedenfalls würde das unserer konservativen Auffassung nicht entsprechen.

Man kann nicht nur ein guter Preuße, sondern auch ein guter Bayer, Sachse, Württemberger, Badenser, Hesse oder welches deutschen Stammes sonst sein, ohne im geringsten gegen die Grundsätze zu verstoßen, auf denen die konservative Partei und das Deutsche Reich aufgebaut sind.

Wir sind die letzten, die die großen nationalen Werte verkennen wollen, die das Deutsche Reich und damit auch Preußen durch die in Krieg und Frieden bewiesene Tapferkeit und Tüchtigkeit auch der anderen deutschen Volksstämme gewonnen hat und, so Gott will, zum dauernden Segen des Reiches besitzen wird.

*

B.P.I. Wie uns ein Privattelegramm aus München dazu meldet, hat sowohl die Zentrumsfraktion wie die liberale Partei von der Veranstaltung besonderer Protestversammlungen in Bayern gegen die Kundgebung des Berliner Preußentages Abstand genommen. Die liberale Partei hält durch die Kammerdebatte und durch die Zurückweisung jeder Herabsetzung des Anteils der bayerischen Armee am Kriege 1870/71 seitens aller bürgerlichen Parteien und auch seitens der bayerischen Regierung die Angelegenheit für soweit erledigt, daß im Reichsinteresse eine Fortsetzung der Erörterung nicht mehr zu wünschen sei. Für das Zentrum sollen die gleichen Gründe vorliegen, es bestätigt sich, daß die Führer der Partei eingehende Konferenzen mit dem Ministerpräsidenten gehabt haben, und daß der preußische Kriegsminister den an ihn gerichteten, bereits in der „Norddeutschen" veröffentlichten Brief des Generalleutnants v. Kracht dem bayerischen Kriegsminister auf direktem Wege offiziell zur Kenntnisnahme gebracht hat.

Deutsches Reich.

Der Justizetat in der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses.

Die Budgetkommission des Abgeordnetenhauses erledigte am Sonnabend den Justizetat. Ein konservativer Abgeordneter bezweifelte, daß die Besichtigung von Fabriken u. dergl. mehr für die Ausbildung der Referendare von hervorragender Bedeutung sei. Von derselben Partei wurde gewünscht, daß bei der Entscheidung über die Geisteskrankheit eines Angeklagten zugleich festgestellt werden solle, ob diese Geisteskrankheit gemeingefährlich sei. Der Justizminister erklärte, daß die Entscheidung über die Gemeingefährlichkeit eines Geisteskranken nicht Sache des Gerichts, sondern die der Polizei sei. Der Minister hob ferner den Wert der Besichtigung industrieller Anlagen u. dergl. für die Ausbildung der Referendare hervor und betonte gegenüber einer konservativen Anzweiflung, daß auch die vorübergehende Beschäftigung der Gerichtsassessoren im Handel, Industrie und Landwirtschaft sich zu bewähren scheine. Ein fortschrittliches Kommissionsmitglied trat diesen Ausführungen bei. — Ein Zentrumsredner kam auf den Fall des Amtsrichters Knittel zu sprechen. Er kritisierte die Behandlung des Amtsrichters Knittel in der Gleiwitzer Verhandlung. Ein fortschrittlicher Redner unterstützte und ergänzte diese Ausführungen. Der Justizminister wies darauf hin, daß das Verfahren noch nicht rechtskräftig erledigt sei. (Die Revisionsverhandlung findet heute vor dem Reichsgericht statt.) Der Minister bemerkte weiter, daß es zweifelhaft sei, ob die Zeitungsberichterstattung zutreffe; er könne da auf die oft hervortretende Verschiedenheit der Berichterstattung der einzelnen Zeitungen über den Verlauf derselben Versammlung Bezug nehmen. Ein fortschrittlicher Abgeordneter besprach das befremdende Verhalten von Berliner Gerichtsbehörden gegenüber den sogenannten unzüchtigen Postkarten; Kunstwerke und deren getreue Abbildungen seien nicht unzüchtig, zumal dann könnten die Abbildungen nicht unzüchtig sein, wenn die Kunstwerke auf öffentlichen Plätzen stünden. Der Justizminister, unterstützt von Rednern der konservativen und der Zentrumspartei, erklärte, daß er das Vorgehen der Berliner Staatsanwaltschaft billige. — Ein fortschrittlicher Abgeordneter regte an, daß zu Vorsitzenden der Kammern für Handelssachen bei den Landgerichten künftig Landgerichtsdirektoren ernannt werden sollten. Der Justizminister äußerte sich hierzu nicht. Ein nationalliberales Mitglied wünschte, daß künftig Richter und Staatsanwälte ebenso wie in Bayern und in Elsaß-Lothringen in ihrer Amtstätigkeit mehr als bisher miteinander abwechseln sollen. Der Minister betonte sein Einverständnis. Ein fortschrittlicher Abgeordneter wünschte, daß auch bewährte Rechtsanwälte zu Richtern ernannt werden sollten. Damit war die Beratung des Justizetats beendet.

Nächste Sitzung der Budgetkommission Mittwoch abend.

Freiherr von Schorlemer als Nachfolger Zorn von Bulachs? Der Straßburger Korrespondent des „Matin" meldet seinem Blatt, daß bei dem bevorstehenden Ministerwechsel in Elsaß-Lothringen zum Nachfolger des zurücktretenden Staatssekretärs Freiherrn Zorn von Bulach, der preußische Landwirtschaftsminister Frhr. Clemens von Schorlemer-Lieser ausersehen sei.

B.P.I. **Die neue preußische Militärmission für China** wird voraussichtlich am 1. November 1914 ihr Amt antreten. Der Antrag der chinesischen Zentralregierung, der der Entschließung des Kaisers unterliegt, bezieht sich auf acht preußische Stabsoffiziere.

B.P.I. **Die bayerische Regierung kapituliert.** Infolge geschlossenen Widerstandes der bayerischen Ersten Kammer gegen die von der Regierung zur Erörterung gestellte stärkere Vertretung der gewerblichen Stände in der Ersten Kammer hat die Regierung die Fortsetzung der Verhandlung über die Reform der Reichsratskammer vorläufig vertagt. Die Regierung will zu gegebener Zeit neue Verhandlungen mit der Kammer der Reichsräte aufnehmen.

B.P.I. **Prinz Heinrich Vertreter Deutschlands bei der Einweihung des Panamakanals.** Der Kaiser hat den Prinzen Heinrich von Preußen mit seiner Vertretung bei der Einweihung des Panamakanals beauftragt. Mit dem Prinzen wird sich ein Geschwader von vier deutschen Kriegsschiffen nach Mittelamerika begeben.

B.P.I. **Neue Enteignungen in Posen.** Die Ansiedlungskommission für die Provinz Posen hat am 14. Januar durch Eingabe an das preußische Staatsministerium die abermalige Zwangsenteignung von drei polnischen Rittergütern nachgesucht.

B.P.I. **Die Haussuchungen beim Tabaktrust.** Außer in Dresden haben am 21. und 22. d. M. auch in zahlreichen übrigen deutschen Städten gerichtliche Haussuchungen in den Bureaus der Zigarettenfirmen stattgefunden. Soweit hier bekannt, haben bei 14 deutschen Firmen Durchsuchungen stattgefunden, und zwar in allen Fällen auf Grund §§ 128 und 129 des Strafgesetzbuches.

Freiherr von Hertling über die Rüstungen. Der „Daily Chronicle" veröffentlicht eine Unterredung, die sein Spezialberichterstatter mit dem bayerischen Ministerpräsidenten Freiherrn von Hertling über die Rüstungsfrage hatte. Freiherr von Hertling sagte u. a.: „Jeder mutige Staatsmann darf daraus keinen Hehl machen, daß die wachsenden Rüstungen der europäischen Völker diesen solche Last aufbürden, daß in naher Zukunft eine Finanzkrise droht."

Keine Arbeiterentlassungen bei der Eisenbahn. In der Zeitschrift „Soziale Praxis und Archiv für Volkswohlfahrt" war kürzlich ein Erlaß des Ministers der öffentlichen Arbeiten besprochen worden, aus dem angeblich hervorgehen sollte, daß im Bereiche der preußisch-hessischen Staatseisenbahnverwaltung umfangreiche Arbeiterentlassungen geplant seien. Wie jetzt offiziös erklärt wird, trifft das nicht zu. Der Erlaß befasse sich lediglich mit den notwendigen Einschränkungen des Betriebsdienstes und ordnet an, daß, soweit der Verkehr die sofortige Verminderung der Züge, des Personals oder Maschinen an einzelnen Stellen noch nicht zulasse, dazu wenigstens die erforderlichen Vorbereitungen zu treffen seien". Wie der Zusammenhang ergibt, handelt es sich dabei selbstverständlich nur um das Zugpersonal. Ebenso selbstverständlich ist es, daß, wenn von einer Verminderung des Zugpersonals gesprochen wird, irgendwelche Entlassungen hierbei nicht in Frage kommen, sondern lediglich die Verwendung des an einer Stelle überflüssig gewordenen Personals an einer anderen Stelle, an der Bedarf besteht, der durch Ueberweisung überzähliger und nicht durch Einstellung neuer Kräfte zu decken ist. — Wir hatten bereits früher berichtet, daß die Nachricht über die Arbeiterentlassungen bei der preußisch-hessischen Staatseisenbahnverwaltung nicht auf Richtigkeit beruht. Es ist also damit nur unsere Mitteilung bestätigt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19140127015/fragment/page=0001

Fortschrittlicher Vortragszyklus. Aus Magdeburg schreibt man uns: Der Beamtenverein der Stadt Magdeburg veranstaltete einen Vortragszyklus, zu dem einige Abgeordnete gewonnen wurden. Als erster Redner behandelte in einer sehr gut besuchten Versammlung Landtagsabgeordneter Delius (Halle) das Thema „Modernes Beamtenrecht". Nach der „Magdeburger Zeitung" fand der Redner großen Beifall. Der Vorsitzende, Ober-Telegraphensekretär Bode, wünschte unter dem wiederholten Beifall der Versammlung, Abg. Delius recht bald wieder am Rednerpulte im Verein zu sehen.

Die Wahlbewegung im 14. sächs. Reichstagswahlkreise. Der Verband der nationalliberalen Vereine im 14. sächsischen Reichstagswahlkreise hielt Sonntag in Pirna eine Vertrauensmännerversammlung ab, in der einstimmig die Aufstellung des Landtagsabg. Nitschke-Leutsch als offiziellen Kandidaten sämtlicher nationalliberaler Organisationen für die Reichstagsersatzwahl, die durch die Ungültigkeitserklärung der Wahl des Herrn v. Liebert nötig wird, beschlossen wurde.

Ausland.

Carranza gegen die Japaner.

Douglas, 26. Januar.

General Carranza erklärt in einem Erlaß die Chinesen für eine Gefahr der mexikanischen Nation. Er verbietet die Einwanderung in Mexiko, ausgenommen unter den Bedingungen, wie sie das Ausschließungsgesetz der Vereinigten Staaten enthält. — Die Chinesen, in deren Händen sich alle kleinen Geschäfte in Sonora befinden, wollen beim chinesischen Gesandten in Washington Protest erheben.

Barthou über die politische Unsicherheit. Bei einem Frühstück im Kreise von politischen Persönlichkeiten hielt in Bordeaux der frühere französische Ministerpräsident Barthou eine Rede, in der er auch seine Finanzpolitik der von Caillaux vertretenen gegenüberstellte, die höhere und dauernde Interessen des Landes außer acht lasse. Er betonte die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung des Dreijahresgesetzes, das vom Kriegsminister Noulens anerkannt sei, meinte aber, wenn die Regierung bei den Wahlen die Gegner dieses Gesetzes, das eine Lebensfrage für das Land sei, begünstige, so sei das eine Schmach und würde eine Gefahr schaffen, deren Ernst der unsichere und drohende Zustand Europas noch erhöhen würde. Er wolle die äußere Gefahr nicht übertreiben, aber, so fuhr er fort, darf man, abgesehen von den jüngsten durch die Balkanlage geschaffenen Schwierigkeiten, nicht Symptome hervorheben, die, obgleich nicht unmittelbar beunruhigend, doch zu ernsten Betrachtungen Anlaß geben müssen? Barthou schloß mit einem Appell an die nationale Eintracht.

Die erste Antitrust-Maßnahme. In Washington brachte Clanton im Repräsentantenhause einen Gesetzvorschlag ein durch den die Errichtung einer zwischenstaatlichen Handelsverkehrs-Kommission bezweckt wird. Der Antrag bildet die erste Antitrust-Maßnahme, zu der die Botschaft des Präsidenten Wilson die Anregung gegeben hat.

Mb. Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

12. Sitzung, Montag, 26. Januar.

Am Ministertisch: Dr. Sydow.

Den Platz des Abg. Dr. Dittrich-Braunsberg (Zentr.), der seinen 75. Geburtstag feiert, ziert ein prächtiger Blumenstrauß.

Präsident Graf Schwerin-Löwitz eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Min.

Interpellation über die Dienstbotenversicherung.

Die freikonservative Interpellation lautet:

Was gedenkt die Regierung zur Abhilfe der bei der Dienstbotenversicherung in Ortskrankenkassen hervorgetretenen Mißstände zu tun?

Handelsminister Dr. Sydow erklärt sich zur sofortigen Beantwortung bereit.

Abg. Dr. Wagner-Breslau (Freikons.)

begründet die Interpellation. Nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch ist die Reichsversicherungsordnung die größte Rechtskodifikation des Reiches. Daß ein so großes Werk Konsequenzen haben würde, die man zunächst nicht vorauszusehen konnte, ist nicht wunderbar. Dies gilt namentlich von der Dienstbotenversicherung, die zum ersten Male sowohl für die ländlichen, als auch die städtischen Dienstboten einheitlich durchgeführt ist. Die Versicherung namentlich der städtischen Dienstboten ist eine Mittelstandsfrage von hervorragender Bedeutung. Der Geschäftsmann kann vielleicht diese neue Belastung auf die Kundschaft abwälzen, was aber soll der Beamte machen? Die Ortskrankenkassen arbeiten sehr teuer. Die Organisation versagt oft vollkommen; das Publikum muß häufig stundenlang warten. Dazu kommen die bekannten Konflikte mit den Aerzten. Die Verträge mit den ortsangesessenen Aerzten wurden gekündigt und fremde Aerzte herbeigezogen, die dann ihren Aufgaben nicht immer gerecht werden konnten.

Selbst Staatssekretär Delbrück hat im Reichstage erklärt, er erkenne die Mängel an; besonders die Durchführung des Gesetzes habe er sich anders gedacht. Diejenigen Herrschaften, welche die Sicherheit für die Gewährung der Krankenhilfe der Dienstboten selbst übernehmen wollen, müssen ein Formular mit Steuer- und Vermögenserklärung unterzeichnen, welches nachher auch die Dienstboten unterzeichnen müssen, so daß diese eine genaue Kenntnis der Verhältnisse ihrer Herrschaft erhalten. Vielleicht stellt man sie in Zukunft als Hilfsbeamte der Steuereinschätzungskommission an! (Heiterkeit.) Die Durchführung erfolgt im Wege der Selbstverwaltung; diesem Zweige der Selbstverwaltung können wir unsere Sympathie nicht zuwenden. (Beifall rechts.)

Handelsminister Dr. Sydow:

Auf die Reichsversicherungsordnung will ich hier nicht mehr eingehen. Das Reichsgesetz besteht und hat die Zustimmung aller Parteien gefunden. Man hat getrugt, weshalb die Staatsregierung nicht von dem § 470 Gebrauch gemacht und im Wege der Landesgesetzgebung nicht noch eine besondere Dienstbotenversicherung für Preußen eingeführt habe. An sich wäre das ja ein eigentümliches Vorgehen der preußischen Regierung gewesen. Darauf lege ich aber keinen besonderen Wert; mehr Wert lege ich darauf, daß nach der ganzen Entstehungsgeschichte, wie das auch in der Reichstagskommission ausdrücklich zur Sprache gebracht worden ist, man schon vorhandene Einrichtungen schonen wollte, wobei man insbesondere an das Gesetz vom Jahre 1890 dachte. Ich bezweifle, daß ein Landesgesetz für Preußen Vorteile gebracht haben könnte. Man hätte durch die Errichtung von Landkrankenkassen unmöglich gemacht überall da, wo die Landkrankenkassen ohne Hinzunahme der Dienstboten nicht leistungsfähig sind.

Bei den Landkrankenkassen handelt es sich um Kassen für landwirtschaftliche Arbeiter, die die Hauptzahl der Versicherten ausmachen, und da muß überall im Einvernehmen mit dem Landwirtschaftsminister vorgegangen werden. Wie weit Landkrankenkassen auf dem Lande leistungsfähig sind, wird in erster Linie nach den vom Landwirtschaftsminister vertretenen Interessen entschieden. Wo keine Landkrankenkassen für die ländliche Bevölkerung errichtet sind, ist das überall mit Zustimmung des Landwirtschaftsministers geschehen. Wenn ein Gemeindeverband eine Landkrankenkasse errichten will, so kann er nach dem Gesetz dieser Haupt nicht daran gehindert werden. Daraus folgt, daß überall, wo Landkrankenkassen nicht errichtet sind, der Gemeindeverband mit diesem Zustand einverstanden war. Nach dem Gesetz kann überhaupt die Errichtung einer Landkrankenkasse nur da unterbleiben, wo mit Genehmigung des Oberversicherungsamtes das Versicherungsamt nach Anhörung der Beteiligten das Bedürfnis verneint.

Wenn trotz der von den Regierungsbehörden überall erteilten Anregung dazu im ganzen nur 400 Landkrankenkassen errichtet worden sind, so ist das schließlich durchweg in Uebereinstimmung mit den Regierungspräsidenten geschehen. Es ist gar nicht möglich, die Sache von der Zentrale aus ohne Rücksicht auf das lokale Bedürfnis zu entscheiden. Und diese lokalen Bedürfnisse sind außerordentlich verschieden. In zwei großen Städten im Westen, die gar nicht weit von einander entfernt sind, legte der Gemeindeverband in einem Fall den größten Wert darauf, daß die Dienstboten in die Ortskrankenkasse hineinkämen, weil sonst die Verwaltung der Ortskrankenkasse durchweg sozialdemokratischen Einflüssen anheimgefallen wäre; in dem anderen Fall wurde eine Landkrankenkasse für nötig gehalten, weil die Ortskrankenkasse so von sozialdemokratischen Einflüssen durchdrungen sei, daß die Dienstboten, wenn sie da hineinkämen, auch diesen Einflüssen ausgesetzt sein würden. (Zurufe der Soz.: Entsetzlich!)

Bei dieser Verschiedenheit der lokalen Bedürfnisse und auch der Leistungsfähigkeit kann die Zentralbehörde nicht die Verantwortung übernehmen, überall Landkrankenkassen vorzuschreiben oder sich in jedem Fall die Entscheidung vorzubehalten, was zu einem Schematisieren führen würde, das wir vermeiden wollen. Wir haben überall die örtlichen Wünsche unter Zuziehung der Gutachten der Regierungspräsidenten berücksichtigt. Nebrigens ist es sein Unglück, wenn eine Landkrankenkasse irgendwo nicht errichtet wurde, wo nach der das Bedürfnis dafür sich herausstellt; denn das Gesetz gibt die Möglichkeit, auch die nachträgliche Errichtung einer Landkrankenkasse zuzulassen, und das Oberversicherungsamt kann die Genehmigung zu dem Ablehnen von der Errichtung einer Landkrankenkasse zurückziehen, so daß sie dann errichtet werden muß. (Beifall rechts. — Hört, hört! bei den Soz.) Gewiß können berechtigte Interessen der Dienstherrschaften daran bestehen, eine Landkrankenkasse für Dienstboten auch an Orten zu haben, wo eine Ortskrankenkasse besteht. Die Unterschiede zwischen Land- und Ortskrankenkassen sind, soweit es sich um Großstädte oder Vororte von solchen handelt, gar nicht so sehr in den Leistungen wahrzunehmen. Die Leistungen der in den Berliner Vororten Friedenau und Wilmersdorf errichteten Landkrankenkassen sind ziemlich dieselben, wie die der Ortskrankenkassen Berlins und seiner anderen Vororte.

Einige dieser Kassen, sowohl Land- als Ortskrankenkassen, haben allerdings 39 Wochen Krankenunterstützung, andere nur 26 Wochen, die eine oder die andere Ortskrankenkasse gewährt Familienbeihilfe, die aber für die Dienstboten keine Bedeutung hat. Um die finanziellen Bedingungen der beiden Kassenarten zu präzisieren, fehlt es noch an Erfahrungen; aber jedenfalls ist das Risiko bei Dienstmädchen sehr viel geringer als bei sehr viel Industriearbeitern. (Sehr richtig!) Das liegt an dort besseren Wohnungen, der besseren Verpflegung und auch daran, daß im Erkrankungsfalle in stärkerem Maße Krankenhauspflege eintritt. Wesentliche Unterschiede aber bestehen in den Verträgen zu den beiden Kassenarten. Um ein tägliches Krankengeld von 1,80 Mk. zu erreichen, muß in der Ortskrankenkasse Schöneberg ein jährlicher Beitrag von 51,48 Mk. geleistet werden, in der Landkrankenkasse Wilmersdorf 39 Mk., um ein tägliches Krankengeld von 1,50 Mk. zu erreichen, beträgt der Beitrag in der Schöneberger Ortskrankenkasse jährlich 49,92 Mk., um aber in der Friedenauer Landkrankenkasse ein Krankengeld von 1,40 Mk. zu erreichen, 35,88 Mk. (Hört, hört!) Ein tägliches Krankengeld von 2 Mk. wird in der Ortskrankenkasse Schöneberg durch eine jährliche Beitragsleistung von 65,52 Mk., in der Ortskrankenkasse Berlin von 72 Mk. erreicht, ein tägliches Krankengeld von 1,90 Mk. aber in der Landkrankenkasse Friedenau durch einen Jahresbeitrag von 48,36 Mk. Es ist also nicht zu leugnen, daß nach den jetzt gemachten Anschlägen die Beiträge in den Landkrankenkassen einiger großen Städte oder Vororte niedriger sind, als für die Ortskrankenkassen in diesen Gemeinden. (Hört, hört!)

Der wichtigste Unterschied zwischen Ortskrankenkassen und Landkrankenkassen besteht in der Organisation. Bei den Ortskrankenkassen werden Vorstand und Ausschuß von Arbeitgebern und Arbeitnehmern gewählt; bei den Landkrankenkassen werden Vorstand, Ausschuß und Vorsitzender von der Gemeinde ernannt. Die Dienstherrschaften haben ein berechtigtes Interesse daran, daß ihre Dienstboten nicht in die politische Agitation der Sozialdemokraten hineingezogen werden. (Sehr richtig! rechts.) Das ist gerade ein Grund, weshalb man die Möglichkeit geschaffen hat, die Versicherung der Dienstboten diesen besonderen Landkrankenkassen zu überweisen. Es können Umstände vorliegen, welche die Errichtung von Landkrankenkassen zweckmäßig erscheinen lassen, und ich bin durchaus bereit, dort, wo Beschwerden geltend gemacht werden, die Versicherungsämter zu veranlassen, diese Frage erneut zu prüfen. (Hört! Hört! links.) In der Aerztefrage bin ich persönlich der Ansicht, daß man den Ortskrankenkassen die freie Aerztewahl im allgemeinen nicht aufnötigen kann; das ist nicht vereinbar mit dem Gesetz. Aber wenn man die Dienstboten in diese Krankenkasse einbezieht, dann muß man den Dienstboten die Möglichkeit schaffen, dieselben Aerzte in Anspruch zu nehmen wie die Dienstherrschaft.

Mit einer anderen Regelung würden namentlich die Dienstboten selbst nicht einverstanden sein. (Sehr richtig! rechts.) Vielleicht wird man gerade aus diesem Gedanken heraus die Landkrankenkassen einführen müssen. Ich erkläre mich bereit, daß, wenn die Ortskrankenkassen nach einer oder der anderen Richtung hin ihre Zwecke nicht erfüllen, ich die Versicherungsämter veranlassen werde, die Genehmigung zur Nichterrichtung von Landkrankenkassen zurückzuziehen. (Hört! Hört! links.) Die Befreiungsanträge darf man allerdings nicht so behandeln, wie es in Schöneberg geschehen ist, wo auf 1200 Befreiungsgesuche 1200 gedruckte Ablehnungsformulare übersandt worden ist. Das Oberversicherungsamt hat die Kassen darüber belehrt, wie solche Gesuche sachlich zu erledigen sind. Allerdings sind bei der Reichsversicherungsordnung die Bestimmungen zum Teil recht vieldeutig. Man bekommt oft von der einen oder anderen Seite Erklärungen, von denen man sich fragen muß, wie sie mit dem Gesetz vereinbar sind. Da bleibt nichts anderes übrig, als daß man das Gesetz sich ansieht und nach dem vernünftigen Zweck des Gesetzes fragt, und soweit es mit dem Wortlaut des Gesetzes vereinbar ist, auf den Geist des Gesetzgebers zurückgeht.

Eine öffentliche Kasse, die gut verwaltet ist und entsprechende Beiträge erhebt, ist wünschenswerter, weil hinter ihr die Gemeinde und die öffentliche Aufsicht steht. Das Recht Ortskrankenkassen zu bilden, ist aber gesetzlich anerkannt und muß gewahrt werden. Bei den Befreiungsanträgen handelt es sich vor allem um den Begriff leistungsfähig. Ist jemand leistungsfähig, wenn er einen Rückversicherungsvertrag abgeschlossen hat? Meiner Ansicht nach ist er leistungsfähiger als jemand, der auf Grund seiner Vermögenslage die Befreiung beantragt hat. Wie soll sich die Summe des eigenen Vermögens bemessen würde, muß zu Fall zu Fall geprüft werden. Gegen die von mir vertretene Auffassung über die Berücksichtigung einer Rückversicherung kann nicht die Bestimmung angeführt werden, wonach der Arbeitgeber die volle Unterstützung aus eigenen Mitteln decken kann. Damit hat nur ausgeschlossen werden sollen, daß ein Teil der Prämie auf den Dienstboten abgeschoben werden würde, wie das in einem Bundesstaat zur Praxis geworden war. Im übrigen deckt ja auch der die Kosten der Unterstützung aus eigenen Mitteln, der die Prämie zahlt, für die nachher die Krankenunterstützung dem Versicherten geleistet wird.

Für die Prüfung der Frage der Befreiung von der Stellung einer Kaution soll man nicht die allerschlimmsten Fälle zugrunde legen und nicht bureaukratisch sein. Wie soll dem Dienstboten der Rechtsanspruch eingeräumt werden? In einem gedruckten Formular für Berlin bestätigt der Dienstbote, daß er von der Gewährung des Rechtsanspruchs Kenntnis genommen habe. Ich glaube, es genügt, wenn diese Kenntnis genommen wird, wenn kein Widerspruch erhoben und die Gewährung des Anspruchs mit Stillschweigen angenommen wird. Von einer Prüfung der Einzelheiten einer gleichwertigen Unterstützung im Falle der Erkrankung können die Krankenkassen absehen, sie haben kein besonderes Interesse daran, und noch § 422 der Reichsversicherungsordnung hat die Krankenkasse in allen Fällen nicht gleichwertiger Krankenunterstützung des von der Versicherung befreiten Arbeitnehmers nachher für das Geleistete einen Rückgriff an den Arbeitgeber. Wenn die Bestimmungen über die Befreiung so gehandhabt werden, werden eine Reihe der jetzigen Klagen hinfällig werden. Nach Maßgabe meiner Zuständigkeit werde ich gern dazu beitragen, weitere Schritte in Erwägung zu ziehen, die einer vernünftigen Ausführung des Gesetzes dienen. (Beifall rechts.)

Es wird die Besprechung der Interpellation beschlossen.

Abg. Dr. Hahn (Kons.):

Auch wir erkennen an, daß das Gesetz Mängel hat, die man von vornherein nicht voraussehen konnte. Schon Bismarck hat gesagt: „Bei uns regiert der Geheimrat!" Die Minister können nicht immer alles übersehen, was die Geheimräte tun, wir natürlich müssen uns an die Minister halten. In vielen Städten sind große Unzuträglichkeiten entstanden, z. B. in der Stadt Unna i. W. Es ist abergaubt der Mangel unserer ganzen sozialen Gesetzgebung, daß der Mittelstand vielfach die Lasten für die Großbetriebe mit tragen muß. Die Dienstboten nehmen eine ganz andere Stellung ein, als die gewerblichen Arbeiter. Ich freue mich, daß der Minister die Mißstände in Berlin offen zugibt und sich nicht mit allem identifiziert, was die Ortskrankenkasse in Berlin getan hat. Vielfach tritt bei diesen Kassen ein Machtgefühl hervor, worunter die Aerzte und Versicherten leiden. So hat die Ortskrankenkasse in Schöneberg eine Zahnklinik eingerichtet durch die die Schöneberger Zahnärzte schwer geschädigt werden. Viele Tausende sind dort der freien Praxis entzogen. Die Dienstbotenversicherung erfordert erhebliche Mittel. Man sollte deshalb die Dienstboten nicht in die Ortskrankenkassen aufnehmen, sondern in allgemeine Landkrankenkassen, damit diese Kosten besser verteilt würden. Man ist bei der Ausführung der R.V.O. viel zu voreilig vorgegangen und hat keine Rücksicht genommen. Wenn es in der bisherigen Weise weiter geht, dann wird die Sozialdemokratisierung immer schlimmer. (Abg. Hoffmann (Soz.) ruft: Dann essen Sie wohl nur noch rote Grütze!) Die rote Grütze steckt in Ihrem Kopf! (Stürmische Heiterkeit.)

Schon jetzt ist die Sozialdemokratie in den Ortskrankenkassen der entscheidende Faktor. Bei den letzten Kassenwahlen haben allerdings infolge der patriotischen Stimmung des Jubiläumsjahres viele Sozialdemokraten bürgerlich gestimmt. Diese Stimmung hätte der Reichskanzler benutzen sollen. Aber bei den nächsten Kassenwahlen werden die Sozialdemokraten wieder gewinnen. Die Aerzte leiden jetzt schon unter der Konkurrenz der sozialdemokratischen Aerzte. Wir haben ein großes Interesse daran, daß die Sozialdemokraten mehr von den liberalen Berufen fern gehalten werden. Man vergißt bei unserer sozialen Gesetzgebung ganz, daß die Hauptlasten von den Arbeitgebern getragen werden. Schon Graf Mirbach hat nachgewiesen, daß hierdurch der Betrieb erheblich verteuert wird.

Wenn es der Landwirtschaft jetzt auch besser geht als in der Caprivizeit, wenn die Industrie auch blüht, die Lasten haben aber doch auch ihre Grenzen. Man sollte deshalb sehr vorsichtig sein und die sozialen Lasten nicht immer höher schrauben. Die Essener Handelskammer schreibt, daß schon die jetzigen Lasten nur bei einer guten Konjunktur getragen werden können. Das Gedeihen der Industrie ist abhängig von ihrer Organisation, deshalb sind auch die Syndikate notwendig, wir haben nur die Auswüchse der Syndikate, nie die Syndikate beklagt. Das viel geschmähte Wort des Herrn von Völtticher: „Wir arbeiten ja nur für Sie", war nur so zu verstehen, daß ein solches Arbeiten für die Unternehmer im gemeinsamen Interesse der Arbeitgeber und der Arbeiter liege. Unsere soziale Gesetzgebung, die in der ganzen Welt bewundert wird, ist aus christlich-sozialem Geiste hervorgegangen. Aber leider haben die Sozialdemokraten sich der Einrichtungen der sozialen Gesetzgebung bemächtigt und bauten sie für ihre Zwecke aus. Auch bei unserer Bureaukratie herrscht leider das Bestreben, sich nur der Arbeiter anzunehmen. Ich danke deshalb auch im Namen meiner Freunde dem Minister für seine Worte. (Beifall rechts.)

Handelsminister Sydow

bemerkt, daß er in Unna nicht selbständig, sondern im Einvernehmen mit dem Landwirtschaftsminister vorgegangen sei.

Abg. Dr. Pieper (Zentr.):

Es scheint mir zweifelhaft, ob die Frage ganz so im Sinne der Landkrankenkassen entschieden werden kann, wie der Vorredner es wünschte. Es könnten sonst Fälle eintreten, wo wegen der schlechten Risiken die Beiträge erhöht werden müßten. Man hat für die Dienstboten eigene Versicherungsvereine vorgeschlagen, aber wenn man in den Kassen angemessene Beiträge für die Dienstboten festsetzt, werden die Vereine kaum billiger arbeiten als die Kassen. Bei den Wahlen können die bestehenden Kassen nicht den wünschenswerten Einfluß gewinnen, weil sie nicht als Arbeitnehmer wählen können. Dies können nur die Arbeiter tun. Deshalb muß man dafür sorgen, daß die Zahl der Arbeiter, die auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaftsordnung steht, wächst; man muß demnach die Bewegung der christlichen Gewerkschaften fördern. Nur dadurch kann der Sozialdemokratie Abbruch geschehen.

Abg. Dr. Cremer (Natl.):

Meine Freunde stehen ganz auf dem Boden unserer sozialen Gesetzgebung. Wir sind vielleicht etwas zu weit gegangen, aber das Gesetz sollte doch alles umfassen, was zu erfassen war. Wir meinen daher auch, daß nach dieser gewaltigen Anstrengung jetzt erst mal eine Ruhepause eintreten muß. Jetzt versucht man vielfach, die Urbeberschaft für dieses Gesetz abzuleugnen. Man darf aber hier nicht wie bei dem französischen Gesetz sagen: La recherche de la paternité est interdite, man darf auch nicht die exceptio plurium geltend machen (Heiterkeit), nein, sämtliche große Parteien sind in gleicher Weise für das Gesetz verantwortlich. Mit den Darlegungen des Ministers sind wir einverstanden.

Die Dienstboten sind ein äußerst günstiges Versicherungsrisiko, da sechs Siebentel unter 30 Jahren sind. Deshalb kann der Beitrag erheblich niedriger bemessen werden. Mit 3 Prozent des Jahresverdienstes könnte man gut auskommen. Ein das Risiko erhöhendes Moment sind lediglich, da es sich zumeist um weibliche Dienstboten handelt, die unehelichen Geburten, die in erheblicher Zahl jährlich zu erwarten sind. Hier tritt zum ersten Mal ein soziales Gesetz unmittelbar in den Kreis der Gebildeten, die bisher glaubten, daß sei eine Sache der Industrie und des Handels. Das kann nur erzieherisch wirken. Sonderbar ist es, wenn Dr. Hahn sagt, der gewerbliche Mittelstand werde durch die sozialen Lasten direkt erdrückt. Wir machen soziale Gesetzgebung aus innerem Gerechtigkeitssinn und um das Volk wirtschaftlich zu heben, nicht um Dank zu ernten oder der Sozial-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19140127015/fragment/page=0002

demokratie das Wasser abzugraben. Die Dienstmädchen mit unehelichen Kindern waren bisher in einer schlimmen Lage. 90 Prozent der Kindesmorde entfielen auf Dienstmädchen. Ich will nicht der Unsittlichkeit das Wort reden, aber wir können auch diese Neugeborenen nicht entbehren, da die Geburtenziffer in den letzten Jahren zurückgegangen ist. Deshalb soll auch für ihre ersten Lebensjahre gesorgt werden. Das ist eine soziale Tat. Der Dienstbote muß natürlich das Gefühl haben, daß er selbst mitverantwortlich ist. Deshalb darf ihm nicht die Beitragzahlung ganz abgenommen werden. Es ist nicht wünschenswert, daß jetzt die Kreise, denen jetzt Gelegenheit zur Mitwirkung an der sozialen Gesetzgebung gegeben wird, die Tür hinter sich zu machen und sich selber organisieren. Das kann der Entwicklung der Dienstbotenversicherung nicht förderlich sein.

Die Errichtung von Landkrankenkassen wird in vielen Fällen den Klagen abhelfen, die Regierung hat es in der Hand, hierfür die Genehmigung zu erteilen. Die Befürchtungen des Abg. Dr. Hahn teile ich nicht, ich glaube im Gegenteil, daß unsere sozialen Einrichtungen doch manchen Arbeiter bei Sozialdemokratie abwendig gemacht haben. Mit den Landkrankenkassen haben wir hinsichtlich der Höhe der Leistungen wie auch der Beiträge bessere Erfahrungen gemacht als mit den Ortskrankenkassen. Hoffentlich geht die Höhe der Beiträge in den nächsten Jahren noch zurück. (Beifall bei den Natl.)

Abg. Dr. Mugdan (Vp.):

Die Dienstbotenversicherung bestand an vielen Orten auch früher schon, sie war aber eine durchaus ungenügende, die Dienstboten waren ganz rechtlos. Jetzt ist es anders geworden, die Versicherung ist ausreichend, natürlich aber auch teurer. Der Vorredner täuscht sich, auch zahlreiche Unterbeamten, die viele Kinder haben, müssen ein Dienstmädchen halten. Dienstboten werden also nicht nur von den wohlhabenden Klassen gehalten. Die Dienstbotenversicherung war dringend nötig, und es ist ganz falsch, zu behaupten, daß unsere Hausfrauen alle gegen diese Versicherung sind. So rückständig sind Gott sei Dank unsere deutschen Frauen nicht. Nur ein kleiner Teil ist gegen die Versicherung. Ob die Dienstboten für die Kasse ein gutes Risiko bedeuten, muß sich erst zeigen.

Man hat hier die Gründung von Landkrankenkassen warm befürwortet. Aber eine zweitgehende Schaffung von Landkrankenkassen würde sehr wenig leistungsfähige Kassen erzielen. Auch die Befreiung von der Versicherung schwächt die Kassen, wenn sie in großem Umfange erfolgt. Dies hat sich in verschiedenen Fällen im Osten schon gezeigt. Daß in Berlin so häufig die Befreiung nachgesucht wird, hat seinen Grund in der Arztwahl. Berlin ist eine Sache für sich. Leider ist Berlin kein einheitlicher kommunaler Bezirk. Ich habe z. B. das Vergnügen, von meinem Fenster aus auf drei Städte, Berlin, Charlottenburg und Schöneberg sehen zu können. Eine Berliner Familie kann nun häufig ihren Arzt nicht als Krankenkassenarzt zu Rate ziehen, weil dieser zwar in derselben Straße, aber in einer anderen Gemeinde wohnt, und weil sie den Arzt ihres Vertrauens will, sucht sie die Befreiung nach. Man kann nicht verlangen, daß nur die Dienstboten die freie Arztwahl bekommen. Bei der Erschwerung der Befreiung der Dienstherrschaften handelt es sich um eine Schikanierung durch die Ortskrankenkassen, an der allerdings die höheren Instanzen nicht beteiligt sind. (Beifall.)

Abg. Braun (Soz.):

Die familiäre Fürsorge für die Dienstboten in Erkrankungsfällen hängt sehr von dem Wohlwollen und der Vermögenslage der Dienstherrschaft ab; davor müssen die Dienstboten gesichert werden. Die Wohnungsverhältnisse der Dienstboten in den Großstädten sind sehr mangelhaft; in Räumen wie die Dienstmädchenkammern der modernen Mietskasernen würde man keinen Zuchthäusler unterbringen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die Landkrankenkassen leisten namentlich in der Wöchnerinnenpflege viel weniger als die Ortskrankenkassen. Es ist auch nicht richtig, daß die Ortskrankenkassen teurer als die Landkrankenkassen arbeiten. Wenn Hausfrauen gemeint haben, die Fürsorge für Schwangere verführe zur Unsittlichkeit, dann mögen sie erst einmal ihre Söhne anhalten, ihren Dienstmädchen nicht zu nahe zu treten. Unter den Aerzten gibt es auch Streikbrecher, nur rückt zu ihrem Schutz nicht Polizei mit Revolvern und Gummiknüppeln aus. Wo kämpfe zwischen Aerzten und Krankenkassen bestehen, sind Sozialdemokraten die Rufer im Streite. Grundsätzlich sind wir bei Beratung der Reichsversicherungsordnung gegen alle Sonderkassen eingetreten.

Es ist kein Wunder, daß mit der Befreiung vorsichtig vorgegangen wird. In wenigen Tagen sind bei der Allgemeinen Berliner Ortskrankenkasse 15 000 Anträge eingelaufen. Es konnten gar nicht alle geprüft werden, deshalb wurden sie sämtlich abgewiesen. Der Dienstbote muß davor geschützt werden, im Falle der Krankheit vom Arbeitgeber im Stich gelassen zu werden, weil er finanziell womöglich die übernommene Verpflichtung nicht durchhalten kann. Es gibt ja überhaupt viele Familien, deren Einkommen gar nicht ausreicht, sich ein Dienstmädchen zu halten, und die es dennoch tun. Wenn die Dienstbotenversicherung dazu beiträgt, daß in solchen Fällen kein Mädchen mehr gehalten wird, so wird das ein Segen; was man bis dort sich und dem Mädchen abzugarn mußte, kommt nun wieder der Familie zugute. Die Regierung läßt sich in ihrer Stellungnahme gegenüber den Ortskrankenkassen von parteipolitischen Gründen leiten. In Konsequenz mußten wir das auch tun. Wir treten aber dafür ein, daß die Gesamtlage jeder wirtschaftlichen Klasse gebessert wird. Deswegen wollen wir den Dienstboten die beste Versicherung geben, die denkbar ist. Jedes neue Gesetz bietet ja Schwierigkeiten. Die Praxis muß eben damit fertig werden. Wir haben ja genug Aufsichtsbehörden. (Beifall links.)

Abg. Dr. Arendt (Freikons.):

Es ist sehr merkwürdig, daß die Sozialdemokraten hier so für die Dienstbotenversicherung eingetreten sind. Im Reichstage haben sie doch dagegen gestimmt. Sie haben ja überhaupt gegen alle großen sozialen Gesetze gestimmt. (Sehr richtig! rechts.) Namens der Interpellanten kann ich erklären, daß wir von dem Verlauf der Besprechung sehr befriedigt sind. Denn fast alle Redner haben sich unseren Bedenken angeschlossen. Es ist erfreulich, daß der Minister die Frage der Landkrankenkassen noch einmal durchprüfen will. Die Erregung ist in Berlin am größten gewesen, weil hier Ungleichheiten hervorgetreten sind. Im § 226 hat der Minister ein Mittel, auch ohne Eingemeindung (Zurufe bei den Soz.) eine einheitliche Regelung für Groß-Berlin zu schaffen. Für die Streikbrecher interessiert sich kein Mensch. (Zuruf des Abg. Hoffmann: Das sagt der Vertreter von Mansfeld!) Es soll nur geschützt werden, wer arbeitswillig ist. Die wollen Sie (zu den Soz.) vergewaltigen. (Zuruf: Maschinengewehre!) Die Maschinengewehre waren außerordentlich am Platze, die haben unendliches Unglück verhütet, sonst wäre Blut geflossen, das mußte verhindert werden. Wenn man schlechte Aerzte auf die Menschheit losläßt, so ist das überhaupt nicht wieder gut zu machen.

Die Reden der Sozialdemokraten geben uns einen Vorgeschmack davon, wie es im Zukunftsstaate sein wird. Meine Freunde sind übrigens gar keine Gegner der Reichsversicherungsordnung, wir haben auch im Reichstag dafür gestimmt. Wir sind nur Gegner der Ausführungsbestimmungen und wünschen, daß diese geändert werden. Daß wir uns hier mit den Sozialdemokraten einigen, glaube ich nicht. Aber ich glaube, daß wir mit den Sozialdemokraten fertig werden. Wir sind schon auf dem besten Wege. Daß die Unternehmer bei der Unfallversicherung das Heft in den Händen haben wollen, ist selbstverständlich, denn alle Kosten der Unfallversicherung werden von den Unternehmern getragen. (Wiederholte Unterbrechungen bei den Soz., die von dem Präsidenten gerügt werden.) Ich bitte den Minister, seine Zusagen so bald wie möglich zu verwirklichen. Wir müssen die Interessen der Arbeitgeber mehr berücksichtigen und die Gesetze so abfassen, daß sie nicht mißverstanden werden können. (Beifall rechts.)

Hierauf wird ein Antrag auf Schluß der Besprechung angenommen.

Persönlich bemerkt Abg. Dr. Mugdan: Durch den Schluß der Debatte bin ich verhindert, die Angriffe des Abg. Braun auf die Aerzte zurückzuweisen.

Nächste Sitzung: Mittwoch 12½ Uhr. Landwirtschafts-, Gestüts- und Domänen-Etat.

Schluß 4½ Uhr.

Halle und Umgebung.

27. Januar.

Stadtverordneten-Sitzung.

Halle, 26. Januar.

Am Vorstandstisch die Herren Justizrat Dr. Lembser, Eisenbahnobersekretär Borchert und Konditoreibesitzer Pfantsch.

Der Herr Vorsteher teilt mit, daß der Magistrat dem von der Versammlung ausgegangenen Vorschlag betreffend die Verstärkung der Deputation des Zoologischen Gartens beigetreten ist und seinerseits den Herrn Stadtbaurat Jost entsendet.

Vom Haushaltsausschuß ist in seinem Protokoll über die letzte Sitzung beschlossen, den Magistrat zu ersuchen, bei den Beratungen der einzelnen Haushaltspläne schon jetzt Uebersichten über die voraussichtlichen Abschlüsse im laufenden Jahr vorzulegen. Die Versammlung tritt diesem Wunsche bei.

Weiter liegt folgender Antrag Gröbel und Genossen vor: Die Versammlung wolle beschließen: Magistrat zu ersuchen, über folgende drei Punkte Vorlage zu machen:

1. Unterstützung derjenigen Arbeiterfamilien, welche durch lange Arbeitslosigkeit in Not geraten sind. Die Unterstützung darf jedoch nicht als Armenunterstützung gelten.
2. Inangriffnahme von Notstandsarbeiten.
3. Einführung einer Arbeitslosenversicherung für alle Arbeiter.

Der Antrag wird dem sozialen Ausschuß überwiesen.

Danach tritt man in die Tagesordnung ein.

Punkt 1 betrifft die Wahl von Beisitzern und Stellvertretern für die Stadtverordnetenwahlen. Der Magistrat beantragt, für die auf den 18. und 19. Februar d. J. anberaumten Stadtverordnetenwahlen (Nachwahl der II. Abteilung — Vororte und Ersatzwahl der II. Abteilung — Altstadt), die nach § 6 Absatz 2 des Gesetzes vom 30. Juni 1900 betr. die Bildung der Wählerabteilungen bei den Gemeindewahlen zu wählenden Beisitzer und Stellvertreter für die Wahlvorstände zu bestimmen, die wahlberechtigt sein müssen. Es wird gebeten, außer den bestimmungsgemäß zu wählenden zwei Beisitzern, vier Stellvertreter zu wählen, da erfahrungsgemäß stets mehrere Herren die Annahme des Amtes ablehnen. Die Wahlen finden statt: für die II. Abteilung — Vororte am 18. Februar d. J. im Restaurant „Saalschlößbrauerei", für die II. Abteilung — Altstadt 1. im Abstimmungsbezirk 1 am 18. und 19. Febr. d. J. im Reaurant „Thalia-Säle", 2. im Abstimmungsbezirk 2 am 18. und 19. Februar d. J. im Restaurant „Kaiser Wilhelmshalle". Die Versammlung genehmigt den Antrag. (Referent Herr Stv. Döhler.)

2. Herr Stv. Kallmeyer referiert über die Vorlage:

Bau des Hauptsammlers Burgbrücke-Neuwerk.

Der Hauptsammelkanal ist vom Süden der Stadt bis zur Burgbrücke fertiggestellt. Der Bau von hier bis zur Grenze des Stecknerschen Grundstücks an der Straße Neuwerk mußte wegen der Terrainerwerbungen bis jetzt hinausgeschoben werden. Für die übrigen Strecken bis zur Hauptausmündung sowie auch für die Kläranlage sind die Projekte endgültig genehmigt und die erforderlichen Geldmittel bewilligt worden. Die Arbeiten sind in der Ausführung begriffen. Die Strecke vom Stecknerschen Grundstück bis zur Burgbrücke ist somit die Reststrecke des Hauptsammlers.

Es bestand früher die Absicht, nur den Kanal im Zuge der Straße Neuwerk herzustellen, von dem Ausbau der Straße selbst aber bis auf weiteres abzusehen. Dieser Standpunkt wurde jedoch fallen gelassen, als die Zentzschsche Fabrik am Kirchtor zum Abbruch kam. Unter dem 1. Juli 1912 beschloß die Stadtverordnetenversammlung auf Antrag des Magistrats, die Straßenflächen zu erwerben und mit dem Bau der Kanalstrecke auch die Arbeiten zur Herstellung der Straße zur Ausführung zu bringen. Soweit Enteignungen notwendig wurden, schwebt das Verfahren. Der Entwurf für Straße und Kanal ist generell genehmigt; der Hauptsammler soll vom Burggraben der Moritzburg am rechten Ufer des Mühlgrabens, an dem Grundstücke der Loge zu den drei Degen sowie dem Fridericianerhause entlang und sodann im Zuge der Neuwerkstraße weitergeführt werden. Die Straße Neuwerk ist vom Kirchtor bis zum Stecknerschen Grundstück bereits fertiggestellt. Die Durchführung des Straßenzuges erfordert: a) Die Verlängerung der Straße Neuwerk bis zur Jägerbrücke. Es wird hier eine erhebliche Verschiebung des Mühlgrabens nach Westen sowie die Errichtung von Futtermauern notwendig. b) Den Bau der Jägerbrücke. Sie war nur in einer Breite von 13 Meter vorgesehen wie die Burgbrücke. Wenngleich z. Z. die Absicht nicht besteht, eine Straßenbahn durch die Robert Franzstraße zu führen, so muß doch bei der Erbauung der Brücke hierauf Rücksicht genommen werden. Es wird daher eine Breite von 16 Meter vorgeschlagen. c) Die Verlängerung der Robert Franzstraße von der Jägerbrücke bis zur Burgbrücke. Die Ausführung dieser Straßenstrecke bedingt die Erbauung einer Futtermauer gegen den Mühlgraben. Ferner muß eine kleine Fläche vom Grundstück des Pfälzer Schießgrabens erworben werden. Die Straßenstrecken sollen entsprechend dem bereits ausgeführten Teile der Robert Franzstraße und der Straße Neuwerk mit Schlackensteinpflaster befestigt werden. Der Teil der Straße Neuwerk, auf dem eine erhebliche Aufschüttung erforderlich wird, soll mit Rücksicht auf die Sackungen zunächst provisorisches Pflaster erhalten. Die Bürgersteige werden mit fortschreitender Bebauung hergestellt.

Der Kostenanschlag schließt insgesamt mit

668 000 Mark

ab. Der Kanalanleihe fallen zur Last die Kosten für den Kanal und die durch ihn bedingte Mauer am östlichen Ufer des Mühlgrabens zwischen Burg- und Jägerbrücke bis zum Stecknerschen Grundstück sowie anteilige Kosten der Ufermauer. Alle anderen Kosten entfallen auf die Anleihe von 1910. Die gesamten Kosten betragen: 1. Für den Hauptsammelkanal sowie für die sonstigen Entwässerungsanlagen der Straße Neuwerk und der verlängerten Robert Franzstraße 219 400 Mark, 2. für den Ausbau der Straße Neuwerk (einschließlich Verlegung des Mühlgrabens) 278 500 Mark, 3. Für den Neubau der Jägerbrücke 70 600 Mark, 4. für den Ausbau der verlängerten Robert Franzstraße 99 500 Mark.

In Uebereinstimmung mit der Baudeputation ersucht der Magistrat die Stadtverordnetenversammlung, die Kosten zu 1. mit 219 400 Mark aus der Kanalanleihe und die zu 2., 3. und 4. mit 278 500 Mark, 70 600 Mark und 99 500 Mark aus der Anleihe von 1910 zu bewilligen. Soweit die Kosten auf Grund der ortsstatutarischen Bestimmungen von den Anliegern zur Einziehung gelangen, werden sie der Anleihe erstattet. Der aus Kanalanleihe zu entnehmende Betrag ist im Anschlag dieser Anleihe vorgesehen.

Herr Stv. Kallmeyer empfiehlt die Vorlage namens des Bauausschusses. Es wird eine Spezialvorlage gewünscht, die ersehen läßt, welche Beträge auf die Kanalanleihe entfallen und welche von den Anliegern wieder eingebracht werden können.

Herr Stv. Gradehand schließt sich namens des Etatsausschusses dem Antrage an.

Herr Stv Osterburg regt an, die Arbeiten sofort auszuschreiben, damit sie zur Linderung der Arbeitslosigkeit helfen. Weiter solle man den Unternehmern aufgeben, abgesehen von Spezialisten, nur heimische Arbeiter zu beschäftigen, mindestens zu ortsüblichen Löhnen der betreffenden Berufe.

Herr Stv. Colberg meint, es genüge, die Jägerbrücke als Fußgängerbrücke auszugestalten. Der Jägerplatz sei sehr abschüssig und habe starkes Gefälle und die Wallstraße sei nur schmal; da werde sich kein erheblicher Fuhrverkehr entwickeln, zumal doch in der Nähe die bequeme breite Burgbrücke bestehe.

Herr Stadtbaurat Lammers tritt dem entgegen. Es handelt sich um die Anlage eines großen Straßenzuges, einer Parallelstraße zur Geiststraße, der eine Unterbrechung erfahren würde, wenn man die Jägerbrücke nur als Fußgängerbrücke ausbaute. Man muß bedenken: die geplante Straße ist die direkteste Verbindung zwischen der Mansfelderstraße und Trotha. Herrn Osterburg erwidere ich, daß ein Teil der Arbeiten schon in den Zeitungen ausgeschrieben ist. Den Unternehmern werden wir wieder wie bisher die Bedingung auferlegen, daß sie heimische Arbeiter einstellen müssen und nach dem Tarif bezahlen.

Die Abstimmung ergibt die Annahme der Magistratsvorlage.

Punkt 3 betrifft die Beratung einzelner Etatspositionen. Ueber Kapitel „Berechtigungen" referiert Herr Stv. Steinbrück.

Herr Stv. Emmer fragt, ob die Position Marktstandsgeld mit 33 600 Mark stehen bleiben soll.

Herr Stadtrat Köcher entgegnet, es empfehle sich, so zu verfahren. Es bestehe die Hoffnung, daß wir eine kleine Mehreinnahme haben werden. Freilich, die bisherigen Pächter haben sehr geklagt, daß die Einnahmen in der letzten Zeit zurückgegangen seien.

Der Etat wird genehmigt, desgleichen das Kapitel „Allgemeine Verwaltung". (Ref. Herr Stv. Zell.)

Herr Stv. Hennig stellt einen Antrag, worin am Anfang eines jeden Kalenderjahres der Magistrat eine Uebersicht über den bisherigen Abschluß und über das Ergebnis der Betriebswerke zu geben hat, woran sich dann eine Generaldiskussion schließen müsse, in der für die Beratung der Einzeletats Richtlinien aufgezeigt werden. Er begründet diesen Antrag in sehr langer Rede. Herr Oberbürgermeister Rive antwortet gleichfalls in längeren Ausführungen. Wir kommen im Abendblatt darauf zurück.

Der Antrag wird abgelehnt.

Weiter wird angenommen der Etat der Polizeiverwaltung. (Ref. Herr Stv. Zell.)

Herr Stv. Brehmer bemängelte es, daß

die Stelle der Polizeiassistentin,

obwohl die Stadtverordneten sie erst am 20. d. M. abgelehnt haben, dennoch im Etat erscheine. Das heiße doch die Beschlüsse der Stadtverordneten recht wenig beachten. Bei der Schankkonzessionssteuer hat sich allerdings der Magistrat auch nicht im mindesten um das Votum der Versammlung gekümmert. Auch das Hereinbringen der erhöhten Direktorengehälter, obwohl das Kollegium die Erhöhung abgelehnt hat, ist eine Art Nichtachtung des Willens der Versammlung. Wenn man sich unseren Etat genauer ansieht, so stellt sich heraus, daß im allgemeinen die Einnahmen recht gering veranschlagt sind, die Ausgaben um so reichlicher. Die Vorsicht ist stellenweise zu weit getrieben. Ich bin der Ansicht, daß wir keinesfalls 10 Prozent Steuerzuschlag nötig haben, höchstens fünf Prozent.

Für die Anstellung der Polizeiassistentin treten ein die Herren Stv. Zell, Oberbürgermeister Dr. Rive, Stvv. Herzau, Hennig und Herzfeld. Die Stelle wird mit großer Majorität bewilligt. Als Bezeichnung wird der Titel: Gemeindeschwester beschlossen.

Der Etat der Staats- und Provinzialangelegenheiten wird genehmigt. (Ref. Herr Stv. Colberg.)

Desgleichen der Etat des Kirchenwesens. (Ref. Herr Stv. Colberg.)

Herr Stv. Osterburg erklärt namens der Sozialdemokraten, daß sie gegen den Etat stimmen werden, da sie grundsätzlich für Trennung von Staat und Stadtgemeinde einerseits und Kirche andererseits sind.

Die Beschlußfassung über den Etat der Straßenbeleuchtung wird ausgesetzt, da Herr Stv. Heine einen Fehler nachweist, der noch nachgeprüft werden soll. (Ref. Herr Stv. Brehmer.)

Das Kapitel „Gesundheitspflege" wird genehmigt. (Ref. Herr Stv. Herzau.) Der Magistrat beantragt, den Direktor des Nahrungsmittelunterjuchungsamtes hinfort mit 5000—7000 Mark zu besolden. Der Antrag wird abgelehnt und die bisherige Skala von 4800—6000 Mark belassen.

Die Verhandlungen werden um ½9 Uhr abgebrochen.

Der Reichskanzler und die Kant-Gesellschaft. Der Reichskanzler hat für die Durchführung der Jubiläums-Preisausgabe der Kant-Gesellschaft 150 Mark gestiftet, ebensoviel wie das preußische Kultusministerium. Der Königsberger Magistrat gab 500, der Magdeburger 200 Mark. Insgesamt sind 3049 Mark zusammengekommen. Die Preise für das Ausschreiben, das eine von Dr. Thimme, dem Direktor der

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19140127015/fragment/page=0003

Herrenhausbibliothek, angeregte Arbeit über den Einfluß Kants und der von ihm ausgehenden deutschen idealistischen Philosophie auf die Männer der Reform- und Erhebungszeit fordert, betragen 3000 Mark.

Auszeichnung. Der Kaiser hat dem emeritierten Pfarrer Ett in Halle den Roten Adlerorden vierter Klasse verliehen.

Der Deutsch-Russische Verein zur Pflege und Förderung der gegenseitigen Handelsbeziehungen hat sich an den Verband Deutscher Kunstgewerbe-Vereine gewandt und wünscht dessen Mitwirkung zur Vorbereitung der Handelsverträge mit Rußland.

Provinzial-Nachrichten.

Die Architekten und der Saale-Elster-Kanal.

Merseburg, 25. Jan. In der „Wochenschrift des Architektenvereins zu Berlin" kommt das Projekt des Ausbaues der Saale bei Merseburg zur Sprache. Es wird beabsichtigt, einen Schiffahrtskanal für 600 t-Schiffe von Leipzig nach der Saale zu erbauen, der oberhalb Merseburg münden soll. Es verdient Dank, wenn bei der sachlichen Erörterung des Planes von Seiten des Architektenvereins die Forderung aufgestellt wird, daß bei der Entwurfsbearbeitung besonders darauf Rücksicht zu nehmen ist, daß der Blick vom rechten Saaleufer auf Merseburg, das der Dom beherrscht, nicht beeinträchtigt wird. Desgleichen muß dafür gesorgt werden, daß die auf dem rechten Saaleufer an der Saalebrücke liegende alte Kirche, die aus dem 11. Jahrhundert stammt, eine würdige Umgebung erhält. Auch muß bedacht werden, daß das nördlich des zu bearbeitenden Geländes gelegene, etwa für Industrie- und Wohnzwecke geeignete Gebiet durch die zu treffenden Maßnahmen in seiner Aufschlußmöglichkeit nicht beeinträchtigt wird.

Bankdirektor Stock wird aus der Fremdenlegion entlassen.

Zeulenroda, 26. Jan. Der flüchtige Bankdirektor Stock aus Zeulenroda wird binnen kurzem aus der Fremdenlegion entlassen werden und nach Deutschland zurückkehren. Stock wird dann seine Gefängnisstrafe, zu der er, wie berichtet, verurteilt worden ist, verbüßen.

n. **Weißenfels,** 26. Jan. (Prüfungsergebnisse.) Am Sonnabend fand die Uebergangsprüfung von der Präparande ins Seminar statt. Vier Prüflinge erfüllten die Bedingungen nicht. — Die erste Lehrerprüfung, die gleichfalls letzte Woche stattfand, bestanden sämtliche 31 Abiturienten.

§ **Freyburg a. d. U.,** 25. Jan. (Unglücksfälle.) Auf dem Heerwege fanden heute morgen Freyburger Geschirrführer einen anderen Geschirrführer auf der Straße liegend; er war beim Vorüberfahren von der Schoßkelle ausgeglitten und hatte sich schwere Verletzung beider Füße zugezogen. Fast erstarrt wurde er auf den Wagen geladen und nach seinem Heimatsort Weißenfels überführt. — Als heute morgen ein Geschäftsreisender aus Belgig nach dem Bahnhof begeben wollte, glitt er in der Brückenstraße aus und schlug mit dem rechten Knie auf die Bordschwelle, konnte aber trotz großer Schmerzen den Bahnhof erreichen. Aber schon in Naumburg war das Knie infolge einer Verstauchung derart angeschwollen, daß der zugezogene Arzt nach Anlegung eines Verbandes die sofortige Ueberführung des Verletzten nach der Halleschen Klinik anordnete.

E. **Brehna,** 26. Jan. (Das Reiseziel verfehlt) hat dieser Tage ein 13jähriger Schulknabe, welcher mit seiner Mutter abends um 9 Uhr von Halle mit der Bahn nach Brehna fuhr. Er war ins verkehrte Abteil eingestiegen und eingeschlafen. In Burgkemnitz erwachte er. Am andern Morgen wurde er seinen Eltern zugeführt.

X **Querfurt,** 25. Jan. (Stadtverordnetenversammlung.) Die Stadt Querfurt zahlt an die hiesige höhere Privatschule einen jährlichen Zuschuß von 2000 Mk. Die Versammlung nahm Kenntnis von der diesjährigen Zahlung. — Die Familie des verstorbenen Beigeordneten Mende vermachte der Stadt einen höheren Betrag, wofür die Stadt sich verpflichtete, das Erbbegräbnis der Familie zu unterhalten. — Infolge Einführung der höheren Zählermiete war eine anderweite Regelung des Tarifs für elektrische Kraft erforderlich geworden. Es wurde beschlossen, bis zur anderweiten Regelung vorläufig den Doppeltarif aufzuheben. — In die Schuldeputation wurden die bisherigen Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung, die Herren Stadtgutsbesitzer Voigt und Kaufmann Schulse, wiedergewählt. Als Bezirksvorsteher bezw. dessen Stellvertreter wurden gewählt für den Kaufmann Hugo Hender der Bäckermeister Siegel, für den Kaufmann Nierth der Buchhalter Walther.

Wittenberg, 24. Jan. (Mehrere Verhaftungen) wegen Verbrechen gegen §§ 218 und 219 des Strafgesetzbuchs sind in den letzten Tagen hier erfolgt. Bisher wurden eine Witwe H. aus der Lindenstraße, auf deren Mitbilfe das Treiben zurückführen ist, sowie drei jüngere Frauenspersonen und ein Geschäftsinhaber B. aus der Collegienstraße festgenommen. Weitere Verhaftungen, auch von auswärts wohnenden Personen, sollen bevorstehen. Mit dieser Angelegenheit steht auch der Selbstmord des Magistratsassistenten H. in Verbindung.

Braunlage, 25. Jan. (Ein Prunkhotel.) Wie hier bestimmt verlautet, beabsichtigt die Esplanade-A.-G. in Berlin hier mit einem Kostenaufwande von einer Million ein Prunkhotel zu errichten.

Braunschweig, 25. Januar. (Selbstmord auf dem Bahnhof.) Eine aufregende Szene ereignete sich heute morgen gegen 5 Uhr im Bahnhofsgebäude zu Wolfenbüttel. Ein junger Mann und ein junges Mädchen brachen plötzlich in der Schalterhalle bewußtlos zusammen. Ein sofort herbeigeholter Arzt konnte nur noch den Tod des jungen Mannes feststellen, während das Mädchen noch lebend ins Krankenhaus gebracht wurde. Der Verstorbene ist ein 17jähriger Kaufmannslehrling aus Braunschweig namens Behrens, der Sohn des Obersostassistenten Behrens aus Göttingen, während das Mädchen, das 16 Jahre alt ist, Haase heißt und aus Wolfenbüttel stammt. Die jungen Leute hatten gemeinsam Gift genommen. In einem Briefe, der bei dem Toten gefunden wurde, geben sie an, daß sie aus dem Leben scheiden wollten, obwohl sie keinen besonderen Grund zum Selbstmord hätten.

Kunst und Wissenschaft.

Hochschulnachrichten.

b. Man schreibt uns aus Jena: Zum Prorektor der Universität Jena für das Jahr vom 1. April 1914 ab wurde der ordentliche Professor der deutschen Philologie und Literatur, Geheimer Hofrat Dr. phil. Victor Michels, gewählt. Professor Dr. Michels ist 1866 in Stadfurt geboren.

Der Privatdozent Dr. Schneider in Bonn hat den Auftrag erhalten, in der philosophischen Fakultät der Berliner Universität Vorlesungen auf germanistischem Gebiete zu halten. Er wird eine drei- bis vierstündige Privatvorlesung, ein einstündiges Publikum sowie seminaristische Uebungen abhalten. — Der ordentliche Professor der Botanik und Pharmakognosie an der Universität Würzburg, Geh. Hofrat Dr. Kraus, wird mit Beginn des nächsten Sommersemesters vom aktiven Lehramt zurücktreten. Als sein Nachfolger wurde der ordentliche Professor an der Universität Straßburg, Dr. Hans Kniep, berufen. Prof. Kniep hat den Ruf angenommen. — Als Nachfolger von Prof. Dr. Karl Baisch ist der Privatdozent für Geburtshilfe und Gynäkologie, Dr. med. Franz Weber, zum Oberarzt der Universitäts-Frauenklinik in München ernannt worden. — Dem ord. Prof. der klassischen Philologie an der Universität Gießen, Dr. Alfred Körte ist die nachgesuchte Entlassung vom 1. April 1914 ab erteilt worden; Prof. Körte folgt einem Rufe nach Freiburg i. Br. als Nachfolger von Prof. Dr. E. Schwartz. — Der Generalarzt Dr. med. Wilhelm Schultzen vom Sanitätsamt der militärischen Institute ist zum etatsmäßigen Mitgliede und der Obergeneralarzt a. D. Professor Dr. med. et phil. Bertholdt v. Kern auf die Dauer von fünf Jahren zum außeretatsmäßigen Mitgliede des Wissenschaftlichen Senats bei der Kaiser-Wilhelms-Akademie für das militärärztliche Bildungswesen ernannt worden. — In Königsberg starb im Alter von 39 Jahren Prof. Dr. Paul Bartels, ein Sohn des Geh. Sanitätsrats Dr. Max Bartels. Ebenso wie sein Vater folgte er anthropologischen Neigungen und hat namentlich über die steinzeitlichen Schädel von Worms eine hervorragende Arbeit geliefert. Das Fundamentalwerk „Das Weib" von Max Bartels und von Ploß hat er in mehreren Auflagen neu herausgegeben. — In Bonn ist Geh. Reg.-Rat Dr. Johannes Franck, ord. Professor für niederdeutsche Sprache und Literatur und Mitdirektor des Germanistischen Seminars, im Alter von 59 Jahren gestorben.

Theater und Musik.

Ein Drama aus der Fremdenlegion.

Aus Hamburg, 22. Januar, schreibt unser Korrespondent: Im Thaliatheater hatte Erwin Rosens Drama aus der französischen Fremdenlegion, das den merkwürdigen Titel „Casard" führt, einen sehr starken Erfolg. Erwin Rosen kennt die Fremdenlegion aus eigener Erfahrung. Wer seine zahlreichen Artikel und vor allen Dingen sein wackeres Buch über die trostlosen Zustände innerhalb dieses algerischen Söldnerheeres kennt, dürfte wohl ein Schauspiel mit stark ausgeprägter Tendenz erwarten, braucht aber keine hitzige Hintertreppenliteratur zu befürchten. In der Tat war Erwin Rosen geschmackvoll genug, ganz groben Effekten und tendenziösen Uebertreibungen aus dem Wege zu gehen. Wenn künstlerische und dramatische Anforderungen unerfüllt bleiben, so liegt das an der besonderen Begabung des Autors, die wohl für die gute, epische Schilderung seiner Erlebnisse ausreicht, einer kraftvollen und konsequenten dramatischen Gestaltung aber nicht gewachsen ist. Aber die gute und klare Zeichnung des interessanten Milieus mit all seinen Barbaricien, Trostlosigkeiten, Verworfenheiten und Schrecknissen drängen diese Bedenken in den Hintergrund und das Bedauern über den Mangel an dichterischer und menschlicher Tiefe weicht vom zweiten und dritten Akt ab einer herzlichen Teilnahme für diese hingeführten Leute, die Leichtsinn oder böses Geschick der Zivilisation entrik und dem Grauen überlieferte. Dieses Grauen treibt die Legionäre zum „Casard", das heißt zum jäh aufspringenden Entsetzen über das elende Schinderdasein, zur wahnwitzigen Meuterei, zur Flucht, zum Selbstmord. Wir erleben das Schicksal zweier Deutscher, die dem „Casard" zum Opfer fallen, desertieren, ergriffen und von den eigenen Stubenkameraden füsiliert werden. Eine Liebesgeschichte, die mit dem Geschick des einen verknüpft ist, vermag weiter nicht zu ergreifen. Das Publikum nahm das Drama, dem Leopold Jessners Inszenierung kräftige Farben gegeben hatte, mit großer Wärme auf. Ohne Zweifel wird das Stück — und deswegen wird es wohl geschrieben sein — auch prophylaktisch wirken. Und das mag ihm in vorderstem Betracht seine Existenzberechtigung garantieren.

Karl Küchler.

Bühnenchronik.

Gerhart Hauptmanns neues Drama „Der Bogen des Odysseus" wurde bis jetzt erworben vom Deutschen Künstlertheater in Berlin, Kgl. Hoftheater in München, Kgl. Hoftheater Dresden, Wiener Hofburgtheater, Deutschen Schauspielhaus Hamburg, Stadttheater Leipzig, Stadttheater Köln, Stadttheater Bremen.

Das Intime Theater zu Nürnberg erzielte einen rauschenden Erfolg mit der Uraufführung der dreiaktigen Komödie „Vorpostengefecht" von Waldemar Kanter (München). Das „Vorpostengefecht" ist ein spannendes, geschickt aufgebautes Stück, das indes sein eigentliches Ziel, für die Gleichberechtigung des Judentums in Staat und Gesellschaft eine Lanze zu brechen, nicht voll erreicht. Es behandelt einen interessanten Familienkampf zwischen einem aus Mexiko wohlhabend zurückkehrenden Abkömmling des norddeutschen Militäradels und einem jüdischen Großbankier, der einst dem Mexikaner die Frau abkaufte.

Im Münchener Gärtnerplatztheater wurde die Uraufführung von Friedrich Hermanns dreiaktiger Operette „Der blaue Reiter", Text von Leo Walther Stein und Ludwig Heller mit sehr freundlichem Beifall aufgenommen.

Die Uraufführung des dreiaktigen Schauspiels „Oberst Felt" von Kistemaker, eines starknochigen Theaterstückes, fand im Altonaer Stadttheater mit Taeger in der Titelrolle einen großen Publikumserfolg.

Im Breslauer Lobetheater freute sich das Publikum über einen amerikanischen Journalisten „Der Nußknacker" von Henry C. Urban, trotz der an mäßige Operettenlibretti gemahnenden Anspruchslosigkeit des Dialogs und der Handlung.

Das Münchener Künstler-Theater wird seit seinem Bestehen (1908) in diesem Sommer zum erstenmal geschlossen bleiben. Wegen verschiedener von der Baupolizei gemachter Bauauflagen, die im Frühjahr zur Ausführung gelangen sollen, hat der Pächter des Künstler-Theaters, der Dreimasken-Verlag, im Verein mit dem Verein Ausstellungspark beschlossen, in diesem Sommer keine Vorstellungen zu veranstalten.

Vermischtes.

Ein Tagesverdienst von 2 400 000 Mark. Den höchsten Handelsgewinn, der je innerhalb von 24 Stunden erzielt wurde, dürfte die Finanztransaktion ergeben haben, die neulich die beiden Newyorker Bankfirmen Kuhn, Loeb und Co. und William A. Read und Co. durchführten. Der Staat von Newyork hatte in diesen Tagen einen Stock von 4½prozentigen Bonds im Nominalwert von 204 Millionen Mark zur öffentlichen Versteigerung gebracht. Die beiden, zu einem Syndikat vereinten Bankfirmen überboten die Konkurrenten und erhielten mit einem Gebot von etwas über 420 Mark für den auf 400 lautenden Bond den Zuschlag. Am nächsten Morgen brachten sie die Papiere an den Markt und verkauften sie im Laufe von zwei Stunden mit einem Nutzen von 2 400 000 Mark.

Tango-Demonstrationen auf einem Wiener Ball. Aus Wien wird berichtet: Bei einem der vornehmsten Bälle der Saison, dem Ball des Turnklubs, kam es zu einer Demonstration gegen den Tango. Als die Musik eine Tangomelodie anstimmte und sich mehrere Paare zum Tango aufstellten, ertönten Protestrufe, die immer stärker wurden, bis schließlich laute Abzugsrufe und schrille Pfiffe die Musik übertönten. Der Kapellmeister erfaßte die Situation und leitete die Tangomelodie in einen Straußschen Walzer über, was von dem tangofeindlichen Publikum mit enthusiastischem Beifall aufgenommen wurde.

Die erste Jungfrau-Besteigung im Winter. Eine hervorragende alpinistische Leistung ist in der Schweiz vollbracht worden. Zwei Engländern, namens Rolph und Legard, ist es geglückt, zum ersten Male im Winter den äußerst schwierigen Aufstieg auf die Jungfrau zu vollenden. Die kühnen Alpinisten vollbrachten den Aufstieg auf Schneeschuhen nur mit einem Führer. Auf- und Abstieg wurden an einem einzigen Tage bewerkstelligt.

Eifersuchtsdrama im Theater. Der bekannte Schauspieler Paul Guide, Mitglied des Sarah-Bernhardt-Theaters in Paris, wurde Sonntag nacht, als er das Theater verlassen wollte, von seiner früheren Geliebten, der er den Abschied gegeben hatte, überfallen und durch sechs Revolverschüsse lebensgefährlich verletzt.

Die Einwanderung in Nordamerika. Nach der amtlichen Statistik der Newyorker Einwanderungsbehörde sind im Newyorker Hafen im Jahre 1913 rund 1338000 Personen gelandet worden, an deren Beförderung 26 Schiffahrtsgesellschaften beteiligt sind.

Zwei Millionen Brandschaden. Auf den am Hafen gelegenen Kohlenplätzen in South Shields (England) brach ein Brand aus, der ungeheure Mengen Kohlen vernichtete. Die Elektrizitätsanlage wurde gleichfalls von den Flammen ergriffen und völlig zerstört. Der Schaden beläuft sich auf annähernd zwei Mill. Mark.

Ein Priester als Bücherdieb. In Paris wurde der 56 Jahre alte Abbé Ploquin, ein sehr geachteter Priester, verhaftet, dem nachgewiesen werden konnte, daß er seit geraumer Zeit in öffentlichen und privaten Bibliotheken eine Anzahl wertvoller Bücher entwendet hat.

Luftschiffahrt.

Mißglückter Höhenflug. Sonntag versuchte der Aviatiker Gilbert auf dem Flugplatz von Mourmelon den Höhenrekord, der augenblicklich von Legagneux mit 6150 Meter gehalten wird, zu schlagen. Es gelang Gilbert jedoch nur, bis zur Höhe von 6000 Meter zu steigen. Dort mußte er den Flug abbrechen, da das Thermometer minus 16 Grad Celsius zeigte und er befürchten mußte, daß sein Motor aussetzen werde.

Ein Rekord-Sturzflieger. Der bekannte Aviatiker Oliesslager hat auf dem Antwerpener Flugfeld einen neuen Rekord für Sturzflieger aufgestellt. Der kühne Pilot vollführte während eines einzigen Fluges nicht weniger als 6mal das Loping the Loop. Von den anwesenden 20 000 Zuschauern wurden ihm stürmische Ovationen gebracht.

Letzte Depeschen.

Der griechische Ministerpräsident in Berlin.

Berlin, 26. Januar.

Der griechische Ministerpräsident Venizelos stattete heute vormittag dem Staatssekretär des Auswärtigen Herrn von Jagow einen Besuch ab und nahm sodann das Frühstück auf der rumänischen Gesandtschaft ein. Für den Abend ist der Ministerpräsident beim Kaiser zum Diner geladen.

500 000 Mark für unsere Seemacht.

Lübeck, 26. Januar.

Der Kunstmaler Bahldick in Eutin vermachte letztwillig dem Kaiser eine halbe Million Mark zum Ausbau der deutschen Seemacht.

Fürst Lichnowsky als Gast des Königs von England.

London, 26. Januar.

Der deutsche Botschafter Fürst Lichnowsky und seine Gemahlin begaben sich heute als Gäste des Königs nach Schloß Windsor.

Tarifermäßigung amerikanischer Dampfschiffahrtsgesellschaften.

London, 26. Januar.

Die Cunardline, die White Star-Line und die American-line haben ihre Tarife für die Personenbeförderung herabgesetzt.

Auszug der Geistlichen aus der Duma.

Petersburg, 26. Januar.

Die meisten geistlichen Abgeordneten der Reichsduma haben den Synod heute davon in Kenntnis gesetzt, daß sie ihre Mandate bald nach der Eröffnung der Reichsduma niederlegen werden. Zur Begründung dieses Schrittes führen sie an, es habe sich während der Weihnachtsferien herausgestellt, daß ihre Wähler mit ihrer totalen Untätigkeit im höchsten Grade unzufrieden seien.

Keine Teilnahme Bulgariens an einem türkisch-griechischen Bündnis.

Wien, 26. Januar.

Der gegenwärtig hier weilende bulgarische Gesandte in Konstantinopel Tontschew bezeichnet die ihm von dem Konstantinopeler Korrespondenten des „Temps" zugeschriebenen Aeußerungen, nach denen Bulgarien an einem türkisch-griechischen Bündnis teilgenommen habe, als Erfindung. Die Inselfrage interessiert Bulgarien nicht.

Offiziell zu Ende.

Durban, 26. Januar.

Der Eisenbahnerstreik ist offiziell für beendet erklärt worden.

Erschossen hat sich in Wien der Berliner Bankbeamte Zipper, der in Berlin seit längerem vermißt wurde. Die Motive sind unbekannt.

Oeffentlicher Wetterdienst.

Dienststelle Ilmenau, Montag, 26. Januar, 8 Uhr morgens.

Luftdruckverteilung und Wetterlage in Europa

Das nördliche Tief zieht ostsüdostwärts ab, während das Hoch im Südosten nur wenig verflachte. Da ein neues Tief zunächst nicht nachzufolgen scheint, ist wieder mit kälterem Wetter zu rechnen. Das Hoch behält die Herrschaft.

Witterungsaussicht für den 27. Januar:

Meist heiter, trocken, etwas kälter.

Wetterwarte zu Hamburg.

Auf Grund der Depeschen des Reichs-Wetterdienstes.

(Nachdruck verboten.)

29. Januar: Feuchtkalt, bedeckt, starke Winde, Niederschläge.
30. Januar: Windig, feuchtkalt, trübe, Niederschläge.
31. Januar: Wenig verändert, feucht, Niederschläge.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19140127015/fragment/page=0004

Bank für Handel und Industrie (Darmstädter Bank) Filiale Halle a. S.,

Alte Promenade 3, gegenüber dem Stadttheater

Aktienkapital und Reserven: 192 Millionen Mark.

Handel, Gewerbe u. Verkehr.

Berliner Börse.

Telephonischer Bericht der „Saale-Ztg.")

3 Uhr 10 Minuten. Kredit 203,50, Disconto 190,87, Deutsche Bank 252,87, Türkenlose 167,50, Lombarden 22, Canada 212, Laurahütte 155,62, Bochumer Guss 220, Gelsenkirchen 192,87, Harpener 185,12, Deutsch-Luxemburg 135,62, Phönix 239,62, A. E.-G. 240,25, Hamburger Paketfahrt 134,87, Nordd. Lloyd 116,50, Hansa 284,62. Tendenz: Ruhig.

Am Kassamarkt notierten höher: Gebhardt & König 6, Nordd. Zellulose 2, Carl Berg 2,75, Bremer Vulkan 3,75, Bruchsal Masch. 3, Deutsche Gussstahlkugeln 2, Freund Masch. 2, Grevenbroich Masch. 2, Linke-Hofmann 3,10, Vogtländ. Masch. 3, Berthold Messinglinien 3,50, Berlin-Gubener Hutfabrik 3, Viktoria-Werke 4, Delmenhorst Linoleum 4,25, Dtsch. Gasglühlicht 6, Karl Lindström 2,50, Rhein. Spiegelglas 3, Schalker Glas 5, Saxonia Zement 2,50, Badische Anilinfabrik 2, Elberfelder Farben 3,50, Consolidation 4, Teria Samenzucht 3,90, Lindener Weberei 5, Ammendorfer Papier 5; niedriger: Brauerei Paulshöhe 2,75, Kottbuser Masch. 5,25, Dürener Metall 2,75, Egestorff Masch. 2, Kappel Masch. 7, Ohles Erben 2,75, Ver. Hanfschlauch 2,75, Deutsche Asphaltgesellschaft 2, Deutsche Waffenfabrik 2, Akkumulatorenfabrik 3, Redburger Wolle 2,75, Merkur Wolle 4, Albert chem. Fabr. 3, Griesheim Elektron 3,25, Nordd. Lederpappen 2, Riebeck Motoren 2, Türk. Tabak-Regie 2,90.

Zum Kurszettel. Berlin, 24. Januar. 4% Badische Staats-Anleihe 0500 unk. 19 96,40 G., 4% Bayrische Staats-Anl. 96,50 G., 4% Bayrische Staats-Anleihe 08 unk. 1918 96,50 G., 4% Sennwarzburg-Sondershausen — — 3½% Württemb. Staats-Anleihe 81-83 — —. 3% Hamburger Eisenbahn-Anleihe — — 3½% Deutsch-Ostafrikanische Schuldverschr. gar. — —. 4% Cottbuser Stadt-Anleihe 1900 96,70 G. 4% Darmstädt. Stadt-Anl. 1909 unk. 16 — —, 3½% Dessauer Stadt-Anleihe 1896 — —. 4% Düsseldorfer Stadt-Anleihe 1909, 07, 08, 09, 14 — —. 4% Jenaer Stadt-Anl. 1900 — —, 3½% Jenaer Stadt-Anl. 1902 — —. 4% Nordhäuser Stadt-Anleihe 1903 unkv. 1919 — —. 4% Quedlinburger Stadt-Anleihe 1903 unk. 1913 — —. 4% Thorner Stadt-Anl. 1900, 03, 09 — —. 4 proz. Hessische Komm.-Obl. A-XII 96,70 G. 3½% Oesterreichische Nordwestbahn-Obligationen 1874 konv. — —. 4½% Deutsch-Solvay-Werke — —. 4½% Elberfelder Farben unk. 1917 L.Lovetb.B. Felten & Guilleaume-Lahmeyer 06, 09 97,50 bG. Vereinigte Lausitzer Glashütten 353,75 bG.

Der Kali-Kuxenmarkt.

Berlin, den 26. Januar.

	Käuf.	Verk.		Käuf.	Verk.
Alexandershall	7750	7950	Hüpstedt	2450	2500
Bergmannssegen	5300	5500	Johannshall	2750	2950
Burbach	9300	9550	Justus-Aktien	75%	77%
Buttler	100	—	Kaiseroda	5500	5900
Carlsfund	3950	4200	Krügershall	102%	104%
Carlsglück	375	450	Mariaglück	1250	1325
Fallersleben	1075	1175	Max	2925	3000
Felsenfest	2450	2550	Neusollstedt	2950	3050
Glückauf	16700	17200	Neustassfurt	9400	9600
Günthershall	4300	4400	Reichenhall	1100	1175
Hansa-Silberberg	4350	4650	Ransbach	1650	1750
Hedwig	1100	1150	Ronnenberg	85%	86%
Heiligemühle	800	875	Rothenberg	2050	2150
Heiligenroda	9200	9400	Salzdetfurth	312%	318%
Heldburg	31	32	Teutonia	59%	61%
Heldrungen	700	775	Thüringen	3100	3250
Herta-Neurungen	2150	2200	Walter	1125	1200
Hohenfels	3800	3875	Wendland	850	950
Hohenzollern	5600	5800	Wilhelmshall	7100	7500
Hugo	7800	8000	Wintershall	17600	18200

Vom internationalen Zuckermarkt.

Im Berichtsabschnitt sind die Preise teils erhöht, teil herabgesetzt worden. Die Veränderungen blieben aber nur gering, und auch der Geschäftsverkehr hielt sich in engen Grenzen. Namentlich die Spekulation blieb fern, bis auf die Vornahme weniger Eindeckungen, die durch den anhaltenden Frost verursacht wurden. Die feste Haltung des amerikanischen Marktes stützt die europäischen Plätze, wenn auch ein Ausgleich durch die grosse cubanische Ernte und deren weiteren günstigen Verlauf von selbst geschaffen ist. Der geplante Zusammenschluss der deutschen Raffinerien hat auf die Kauflust der inländischen Kundschaft nicht mehr den Einfluss ausgeübt, als es bei dem Auftreten der ersten Meldungen geschehen war. Man hat sich jetzt darüber Klarheit verschafft, dass es sich um eine Verteuerung der Preise nicht handeln soll und kann. Die deutsche Zuckerausfuhr hat im Monat Januar recht befriedigende Entwicklung genommen, und man wird aller Wahrscheinlichkeit nach das gleiche auch vom Weltverbrauch sagen können, wie es andererseits aber feststeht, dass die amtlichen Januarzahlen für Deutschland die Bestätigung des grösseren Ausfalles der Erzeugung bringen dürfte, als sie das vorangegangene Betriebsjahr aufgewiesen hat. Die jetzt erfolgenden Abschlüsse in Kaufrüben dürften übrigens den diesjährigen Rübenanbau im Deutschen Reiche wiederum zu einem sehr beträchtlichen stempeln; denn trotz der niedrigeren Preisgebote als im Vorjahre und noch zu Anfang der Abschlüsse für den kommenden Anbau zeigen sich die Landwirte im Durchschnitt gewillt, die gleichen Verpflichtungen in bezug auf den Anbau einzugehen wie im Vorjahre.

Die Statistik zeigt folgende Veränderungen: Der Hamburger Lagerbestand erfuhr Abnahme um 81 700 Sack (gegen 125 100 Sack Abnahme in der entsprechenden Woche des Vorjahres) und beläuft sich nunmehr auf rund 1 137 900 (Vorjahr 820 400) Sack. — Englands Vorräte erfuhren Herabsetzung um 29 600 (Vorjahr Zunahme um 13 100) dz und betragen jetzt 99 000 (Vorjahr 53 000) Tons. — Cubas Vorräte nahmen um 33 000 (Vorjahr 3000) Tons zu und erreichen jetzt die Höhe von 91 000 (Vorjahr 28 000) Tons. — Die sichtbaren Weltvorräte wurden um 6800 Tons heraufgesetzt (Vorjahr 21 700) Tons und belaufen sich jetzt auf rund 4 335 600 (Vorjahr 4 102 600) Tons.

Am Kornzuckermarkte war die Geschäftstätigkeit wenig belebt. Die Inlandraffinerien zeigten den angebotenen Zuckermengen gegenüber kein besonderes Kaufinteresse, was sowohl mit dem Nachlassen des Raffinadeabsatzes zusammenhängt, als auch mit dem Ausbleiben bemerkenswerter Kaufaufträge für englische Rechnung. Naturgemäss blieb die Aufnahmefähigkeit für prompte Zucker auch infolge der geschlossenen Binnenschiffahrt beschränkt. Daher versuchten die Abnehmer denn auch, Lieferungsnachlässe zu erlangen, wobei dann etwas höhere Preise gezahlt wurden. Im allgemeinen aber hielten sich die Rohzuckerproduzenten zurück und versuchten, die Werte auf den in der Vorwoche innegehabten Stand zu heben, wodurch ein Nachlassen der Abschlüsse von selbst erfolgte. Ersterzeugnisse wie Nachprodukte zeigen schliesslich ziemlich den gleichen Preisstand wie am Schlusse des Vorberichts. In Lieferungsware kommender Ernte fanden einige kleine Geschäfte zwischen den Rohzuckerproduzenten und dem Fachhandel statt.

Am Terminmarkte wurden die Preise nach kleineren Schwankungen, zum Teil zusammenhängend mit Deckungen aus der beginnenden Februar-Liquidation, im Wochenresultat um 10 bis 12½ Pfg. pro Zentner heraufgesetzt.

Am Raffinademarkte blieb das Geschäft still, und auch die Herabsetzung der Raffinerieforderungen um ⅛ Mk. pro Zentner führte keine Aenderung herbei. Die Abforderungen auf alte Schlüsse liessen fast ganz nach. Das Exportgeschäft nach England zeitigte einige minimale Umsätze.

H. A. P. A. G.

Der vorläufige Abschluss für 1913 ergibt auf Grund der noch nicht endgültig festgesetzten Ziffern nach Abzug aller Unkosten, auch der Prioritätszinsen, Steuern usw., einen Reingewinn von 60 Millionen Mark gegen 53½ Millionen Mark im Vorjahre. Mit Rücksicht auf den besonders im nordatlantischen Verkehr gegenwärtig obwaltenden Wettbewerb hält es die Verwaltung für angemessen, das Konkurrenz-Abwehrkonto erheblich zu verstärken und ferner noch über das bisherige Mass hinaus Rücklagen zu schaffen, welche trotz dieser ungewöhnlichen Verhältnisse ein befriedigendes Betriebsergebnis auch für das neue Geschäftsjahr in Aussicht stellen. Die Verwaltung wird deshalb der Generalversammlung vorschlagen, die Dividende wie im Vorjahre auf 10 Proz. zu bemessen. Nach Auszahlung der Dividende verbleibt ein Ueberschuss von ca. 45 Millionen Mark, welche für die Zwecke der Abschreibungen, Dotierung der Reserven und, wie schon erwähnt, für die Erhöhung des Konkurrenz-Abwehrkontos verwendet werden sollen. Die Gesellschaft verfügte am Ende des Geschäftsjahres über bereite Mittel im Betrage von 48½ Mill. Mark.

Reichsbank. Die Rückflüsse in die Kassen der Bank haben sich auch in der dritten, mit dem 23 d. M. abgeschlossenen Januarwoche befriedigend weiter entwickelt. Der Status der Bank konnte sich um 183 474 000 Mk. gegen 192 603 000 Mk., beziehentlich 224 596 000 Mk. in den beiden Vorjahren, bessern. Die in der Vorwoche mit 159 430 000 Mk. ausgewiesene steuerfreie Notenreserve erhöhte sich infolgedessen auf 342 904 000 Mk. Im Vorjahre war noch eine Steuerpflicht von 17 228 000 Mk. und vor zwei Jahren eine steuerfreie Notenreserve von 211 602 000 Mk. vorhanden. Die Reichsbank steht somit in diesem Jahre um 360 132 000 Mk. besser da als im Jahre vorher. Der Metallvorrat vermehrte sich um 42 363 000 Mk. (47 436 000 Mk. und 72 824 000 Mark). Der Goldvorrat erfuhr eine Zunahme von 29 999 000 Mk. auf 1 286 467 000 Mk. (i. V. 911 937 000 Mk.). Die sonstigen Deckungen nahmen um 15 075 000 Mk. (14 705 000 Mk. und 13 807 000 Mk.) zu, während der Betrag der umlaufenden Noten sich um 126 036 000 Mk. (130 462 000 Mk. und 137 965 000 Mk.) verminderte. Die Anlagen in Wechseln gingen um 84 352 000 Mk. (156 198 000 Mk. und 144 714 000 Mk.) und die in Lombards um 11 676 000 Mk. (25 423 000 Mk. und 11 022 000 Mk.) zurück. Die Giroeinlagen konnten sich um 53 234 000 Mk. erhöhen gegen eine Abnahme von 17 803 000 Mk. im Vorjahre und eine Zunahme von 65 346 000 Mk. vor zwei Jahren. Der Effektenbestand (Reichsschatzscheine ermässigte sich um 35 849 000 Mk. auf 317 331 000 Mark.

Die Gewerkschaft Asse erzielte im vierten Vierteljahr 1913 einen Reinüberschuss von 235 741 Mk. gegenüber 275 728 Mk. in der Vergleichszeit des Vorjahres und für das ganze Jahr 1913 987 998 Mk. gegenüber 1 077 024 Mk. im Vorjahre.

Braunschweigische Kohlenbergwerke. Wie verlautet, dürfte die Gesellschaft für das Geschäftsjahr 1913 eine Dividende von 14 (11) Proz. vorschlagen.

Zur Hebung des Flachsbaues in Preussen wurden mit Hilfe des Staatsfonds in der bisherigen Weise Flachsmusterfelder bei 38 Landwirten, und zwar fast ausschliesslich im Kreise Habelschwerdt in Schlesien, auf 2198 Hektar angelegt.

Waren und Produkte.

Getreide.

Berliner Produktenbörse, 26 Januar. Am Frühmarkt notierten Weizen inländ. 186.00—192.00 ab Bahn u. frei Mühle, Roggen loco 155.50 — — ab Bahn u. frei Mühle, Hafer, märkischer, mecklenburgischer Komm., preussischer, posenscher und schlesischer 168 u. 169—183, mittel 154—168, gering — —, russisch. und Donau mittel — —, gering — — ab Bahn und frei Wagen. Mais, amerik. mix. 168.00—170.00 Donau mix 166.00—163.00, runder 149—153 frei Wagen. Gerste, inländ. Futtergerste, mittel und gering 139—146, gute 147.00—156.00, russische und Donau leichte 133—135, schwere 136.00—144.00 ab Bahn und frei Wagen. Erbsen, inländische u. ausländische Futterware mittel 166—168, Taubenerbsen 169—192 ab Bahn u. frei Wagen. Weizenmehl 00 22.00 27.00. Roggenmehl 0 und 1 19.10—21.40. Weizenkleie 10.50—11.10. Roggenkleie 10.10—10.60. Lupinen, blaue — —, gelbe — —. Wicken — —. Seradella 11 — M.

Hamburg, 26. Januar. (Getreidemarkt). Weizen stetig ostholsteiner und mecklenburger 187—194, 0. Roggen stetig mecklenbrg. u altmärk. neuer 156—162.00, russ. cif. 9 Pud 10/15 Dez.-Jan. 115.50. Gerste fester, südruss. cif. Jan. 142.50. Hafer ruhig, neuer holsteiner und mecklenburger 157—163. Mais, ruhig, amerikanisch. mixed cif. per Jan.-April —. La Plata cif. neue Ernte April-Mai 105.00.

Liverpool, 24 Jan. Ruhig. Roter Winterweizen per März 7—3½, per Mai 7 2½. Mais ruhig, La Plata Januar — —, bunter amerik. Februar 4—9½.

Budapest 26. Januar. Weizen, Tendenz fest, per April 11.96 Mai 12.01, Oktbr. 11.4. Roggen, Tendenz fest, per April 9.14 Oktbr. 8.62. Hafer, Tendenz fest, per April 7.97, Oktbr. 7.87. Mais, Tendenz fest, per Mai 6.31, Oktbr. 7.05. Raps Tendenz stetig, August 15.40.

Antwerpen, 26. Jan. Deutscher La Platazug, Kontrakt per Januar 6.27½, Febr. 6.25, März 6.22½, April 6.17½, Mai 6.12½. Umsatz 55 000 kg. Tendenz stetig.

Zucker.

Magdeburg, 26 Januar. Abend-Kurse. Januar 9.35, Februar 9.35, März 9.45, Mai 9.57½, August 9.80, Oktbr.-Dezbr. 9.67½. Tendenz ruhig.

Hamburg, 26. Januar. Rübenrohzucker, 1. Prod., Basis 88% Rendement neue Usance, frei an Bord Hamburg

	vorm.	nachm.	abends
per Januar	9.42½	9.40	9.37½ B.
„ Februar	9.42½	9.37½	9.37½ „
„ März	9.45	9.42½	9.42½ „
„ Mai	9.60	9.57½	9.57½ „
„ August	9.82½	9.80	9.80 „
„ Okt.-Dez	9.72½	9.70	9.70 „
	ruhig	ruhig	ruhig

Kaffee.

Hamburg, 26 Januar. Rohkaffee average Santos

	vorm.	nachmittags	abends
per März	50.75 G.	50.75 G.	50.50 G.
„ Mai	51.50 G.	51.50 G.	51.25 G.
„ September	52.75 G.	52.50 G.	52.25 G.
„ Dezember	53.00 G.	53.00 G.	52.75 G.
	ruhig	ruhig	schleppend

Havre, 26 Januar. Kaffee good average Santos per März 53.00 per Mai 53.50 per Sept. 54.50 Dez 55.50 Ruhig.

Rio de Janeiro, 26. Januar. Kaffee-Zufuhren 5000 Sack in Rio, 70.00 Sack in Santos.

Spiritus.

Nordhausen, 26. Jan. Branntwein 35 Vol. Proz. für 100 kg (104—105 L) 81.75—82.75 M., do. 40 Vol. Proz. für 100 kg (105 bis 109 L) 92.50—93.75 M. per loko 12 19 ohne Fass ab Brennerei.

Eier.

Berlin, 26. Jan. Eier pro Schock: Vollfr. ausländ. Sorten — — —, südruss. erste Sorten — — — M., in- und ausländ. bessere Sorten 5.40—5.70, in- und ausländische geringere Sorten 5.10—5.30. Kalkeier 4.80—4.90, kleine Eier 4.40—4.60. Kühlhauseier — — —. Tendenz: Flau.

Fettwaren und Oele.

Originalbericht von Gebr Gause.

Berlin, den 24. Januar 1914

Butter: Die Marktlage zeigt im allgemeinen wenig Veränderung. Konsum und Absatz bleiben schwach, auch macht sich noch keine Abnahme der Produktion bemerkbar. Es konnten jedoch für allerfeinste Marken unveränderte Preise erzielt werden. In russischer Butter sind nur billige Qualitäten gefragt. Die heutigen Notierungen sind: Hof- und Genossenschaftsbutter la Qualität 128—130 Mk., do. IIa Qualität 123—128 Mk. — Schmalz: Der Markt war im Laufe der Woche fest, ermattete aber zum Schluss derselben infolge von Abgaben der Packer und der Spekulation. Da der Markt unversorgt ist, dürfte der kleine Rückgang bald zu neuen Käufen Veranlassung geben. Die heutigen Notierungen sind: Choice Western Steam 63.75—64.75 Mark, amerik. Tafelschmalz Borussia 66 Mk., Berliner Stadtschmalz Krone 65.50—70 Mk., Berliner Bratenschmalz Kornblume 66—70 Mk. — Speck: Nachfrage schwach.

Köln, 26. Januar. Rüböl per loko 70.00, per Mai 67.50.

Hamburg, 26. Jan. Stadtschmalz 64.50, amerikan. Steam 55.25, Chamberlain 56.75. Tendenz stetig.

Kartoffelmehl und Stärke.

Magdeburg, 26. Januar. Prima Kartoffelstärke und Mehl für 100 kg 18.50—19.00 Ruhig.

Chemische Produkte.

Hamburg, 26. Jan. Chilisalpeter per loko 10.15, Febr.-März 10.15. frei Fahrzeug Hamburg. Tendenz: matt.

Wolle

Bremen, 26. Januar. Baumwolle Upl. loko middl. 65.25.

Liverpool, 26. Jan. Aegypt. Baumwolle per März 9.56.

Liverpool, 26. Januar. Baumwolle, Umsatz 10 000 Ballen, Import 5 000 Ballen, davon amerik. Lieferg. 5 000 Ballen.

Alexandria, 26. Januar. Aegyptische Baumwolle per März 18.36, Mai 18.14, Novbr 18.16.

Metalle.

London, 26. Jan. Chili-Kupfer, träge, 64¾, 3 Mon. 65, Zinn, Straits, ruhig 175¼, 3 Mon. 176½, Blei span., ruhig 19¾, engl. 20½, Zink, gew. Marke, ruhig 21⅝, spez. Marke 22¼.

Amerikanische Warenmärkte.

Kabelmeldung via Azoren-Emden.

New York.	26. 1.	24. 1.		26. 1.	24. 1.
Weizen p. Mai	1.01⅛	1.0⅝	Roggen loko	61	61¼
„ „ Juli	97⅝	97⅞	Schmalz p. Jan.	10.82	10.97
Mais loko	69¼	69¼	„ „ Mai	11.20	11.30
ehl Spring cl.	3.75	3.75	**New York**		
Chicago.			Petroleum in Cases	11.25	11.25
Weizen p. Mai	93⅝	94⅛	do. in Stard. Withe	8.75	8.75
„ „ Juli	88¾	89¼	do. in Cred. Balanc.	200	200
Mais p. Mai	66¼	66⅝	Kaffee loko	9⅝	9⅝
„ „ Juli	65¼	65⅞	„ p. Januar	9.11	9.22
Hafer p. Mai	39⅝	39⅞	„ p. März	9.23	9.37
„ „ Juli	39⅝	39⅝			

Tendenz: Weizen stetig. Mais stetig.

Schiffsnachrichten

Norddeutscher Lloyd in Bremen.

(Bureau in Halle: L. Schönlicht, Bankgeschäft, Poststrasse.)

Dampfer-Expeditionen in der Zeit vom 24. bis 31. Januar:

Ab Bremerhaven: Gernis 28. Jan. nach Ostasien. Chemnitz 29. Jan. nach Galveston über Baltimore. Prinz Friedrich Wilhelm 31. Jan. nach New York über Southampton—Cherbourg. — Ab Genua: Prinzess Irene 27. Jan. nach New York über Neapel und Palermo. — Ab Alexandrien: Prinzregent Luitpold 28. Jan. nach Marseille über Neapel. — Ab Marseille: Prinz Heinrich 28. Jan. nach Alexandrien über Neapel. — Ab New York: George Washington 31. Jan. nach Bremen über Plymouth und Cherbourg. — Ab New Orleans: Hannover 31. Jan. nach Bremen. — Ab New York: Berlin 31. Jan. nach Genua über Gibraltar, Algier und Neapel. — Ab Venedig: Schleswig 31. Jan. nach Alexandrien.

Neueste Dampferbewegungen:

Neckar 22. Jan. in New York. Köln 23 Jan. Lizard passiert. Hannover 21. Jan. Sand Key passiert. Eisenach 22. Jan. in Bahia. Durendart 22. Jan. von Antwerpen. Sierra Cordoba 22. Jan. in Antwerpen. Friedrich der Grosse 22. Jan. Gibraltar passiert. Pommern 21. Jan. von Melbourne. Elsass 22. Jan. von Fremantle. Thüringen 21. Jan. Dover passiert. Hessen 22. Jan. in Antwerpen. Goeben 22. Jan. in Hongkong. Kleist 22. Jan. von Genua. Prinz Eitel Friedrich 23. Jan. in Antwerpen. Göttingen 23 Jan. in Suez. Coblenz 22. Jan. in Sydney. Scharnhorst 22. Jan. von New York. Rhein 23. Jan. Dover passiert. Breslau 22. Jan. von Baltimore. Norderney 23. Jan. in Bremerhaven. Aachen 22. Jan. von Oporto. Sigmaringen 23. Jan. Vlissingen passiert. Schlesien 22. Jan. in Suez. Westfalen 23. Jan. in Sydney. Princess Alice 21. Jan. von Genua. Berlin 22. Jan. in New York. Prinzess Irene 21. Jan. in Genua. Prinz Heinrich 21. Jan. von Alexandrien. Prinzregent Luitpold 23. Jan. von Neapel. Schleswig 22. Jan. in Alexandrien.

Wasserstände.

(+ bedeutet über, — unter Null.)

Saale und Unstrut.					Fall	Wuchs
Artern	25. Jan.	+1,02	26. Jan.	+0,94	8	—
Nebra, Oberpegel	„	+1,98	„	+1,96	2	—
„ Unterpegel	„	+1,42	„	+1,42	—	—
Weissenfels, Oberpegel	„	+2,42	„	+2,42	—	—
„ Unterpegel	„	+0,12	„	+0,06	6	—
Trotha	24. „	+1,90	26. „	+1,86	4	—
Alsleben, Oberpegel	23. „	+2,45	25. „	+2,50	—	5
„ Unterpegel	„	+1,76	„	+1,74	2	—
Bernburg	„	+0,80	„	+0,82	—	2
Calbe, Oberpegel	„	+1,58	„	+1,57	1	—
„ Unterpegel	„	+0,54	„	+0,56	—	2

Iser, Eger, Elbe Moldau.

	Januar	Fall	Wuchs		Januar	Fall	Wuchs
Jungbunzel.	24. +0,03	—	—	Wittenberge	26. +1,35	7	—
Laun	„ −0,02	3	—	Rosslau	„ +0,77	—	—
Budweis	„ −0,16	—	—	Barby	„ +1,13	9	—
Prag	26. −0,08	—	2	Schönebeck	„ +1,24	1	—
Pardubitz	24. −0,48	2	—	Magdeburg	„ +0,90	2	—
Brandeis	„ +1,40	1	—	Tangermünde	„ +1,49	2	—
Melnik	„ −0,32	7	—	Wittenberge	„ +1,29	—	5
Leitmeritz	26. +0,94	—	84	Dömitz	25. +0,88	—	7
Aussig	„ +1,07	19	—	Boizenburg	„ +0,68	3	—
Dresden	„ −1,52	5	—	Hohnstorf	26. +0,96	—	22
Torgau	„ +0,28	1	—	Lauenburg	„ +0,96	—	19

Aussig, 26. Januar. Pegelstand +1.07 m. Vom Oberlauf werden 0.46 m Wuchs gemeldet.

Verantwortlich für den politischen Teil: Siegfried Dyck; für den örtlichen Teil für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Brinkmann, Feuilleton, Vermischtes usw.: Martin Beuchtmanger, für Ausland u. letzte Nachrichten: Dr Karl Baer, für den Anzeigenteil: Albert Barth. Druck und Verlag von Otto Hendel. Sämtlich in Halle.

— Diese Nummer umfasst 8 Seiten — einschließlich Unterhaltungsblatt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19140127015/fragment/page=0005

Die Notiz in Kursschreibt gibt die Zinstermine an. Es bedeutet: 1.1.,4.1.,1.4.,1.7.,1.10.,1.1.,1.4.,1.7.,1.10.,1.1.,1.4.,1.7.,1.10.,1